

E & W

Erziehung & Wissenschaft 06/2017
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Gewerkschaftstag 2017

**MARLIS TEPE**

Foto: Kay Herschelmann

Bildung. Weiter denken!

„Bildung. Weiter denken!“ lautete das Motto des 28. Gewerkschaftstags der GEW. Die Delegierten haben zu den grundlegenden bildungs- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen Beschlüsse gefasst, die die Leitplanken für das Handeln in den nächsten Jahren sind. Die Themenfelder: Tarifpolitik, Organisationsentwicklung, Ausgestaltung der Inklusion, Bildung in der Migrationsgesellschaft und in der digitalen Welt.

Der neugewählte Vorstand wird die Zusammenarbeit weiter verstärken und dabei die tarif-, beamten- und frauenpolitischen Aspekte in den verschiedenen Handlungsfeldern zusammen bearbeiten. Wir wollen „Bildung. Weiter denken!“ Für alle Kolleginnen und Kollegen in Kita, Schule, beruflicher Schule, in der Erwachsenenbildung und an der Hochschule gilt, dass sie einen hohen Anspruch an sich selbst und ihre Arbeit haben. Sie befinden sich aber oft in einem Umsetzungsdilemma, da die Rahmenbedingungen zu häufig nicht stimmen. Wir wollen Bildungsqualität – und das bedeutet für uns auch Arbeitsqualität! Gute Bildung und gute Arbeit können und wollen wir nur zusammen denken. Daraus leiten wir unsere Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen und mehr Geld für die Bildung ab: Frühkindliche Bildung ist eine wachsende Branche, die Bildungsbeteiligung steigt in allen Bildungsphasen. Das ist eine große Herausforderung. In der Realität zeigt sich jedoch, dass es einen erheblichen Fachkräftemangel im Sozial- und Erziehungsdienst sowie bei den Lehrkräften gibt. Deshalb bietet die GEW der Politik an, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, damit es überall im Land bei guten Arbeitsbedingungen gute Bildungsangebote geben kann.

Alle Fortschritte im Bildungsbereich kosten Geld. Das gilt für jede einzelne Verbesserung des Bildungsangebotes, für jede einzelne Verbesserung der Arbeitsbedingungen und für die höhere Wertschätzung unserer Arbeit durch bessere Bezahlung. Deshalb ist eine der zentralen Aufgaben der GEW, für mehr Geld in der Bildungsfinanzierung zu sorgen.

In kaum einem Land ist der Bildungserfolg der Menschen so stark von der sozialen Herkunft abhängig wie bei uns. Das haben wir in unseren Arbeitsfeldern immer wieder festgestellt. Die PISA-Ergebnisse und die Bildungsberichterstattung belegen diesen Befund. Aber es tut sich zu wenig. Das wollen wir ändern. Auch hier wollen und müssen wir „Bildung. Weiter denken!“. Wir sind überzeugt, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung gute Bildungsangebote wünscht. Deshalb haben wir den Appell „Gute Bildung für alle! Appell für mehr Geld in der Bildung!“ initiiert (s. Beihefter in E&W 5/2017). Deshalb werden wir uns im Bundestagswahlkampf und darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Bildungssektor deutlich besser ausgestattet wird. Deshalb haben wir Vorschläge für einen Kurswechsel in der Steuer- und Finanzpolitik gemacht. Deshalb kämpfen wir mit dem DGB für einen handlungsfähigen Staat. Wer gute Bildung will, benötigt mehr Zeit für die Kinder, die Schülerinnen und Schüler, für Studierende und andere erwachsene Lernende. Zudem wollen die Menschen mehr Zeitsouveränität für sich. Mit dem Beschluss des Gewerkschaftstages zur Zeitpolitik machen wir das Thema zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Arbeit.

Bildung ist die Voraussetzung für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben in einer Gesellschaft. Ein statisches Kulturverständnis und eine rückwärtsgewandte, nationalistische Politik lehnen wir ab. Mit den Ursachen für den Rechtsruck in Gesellschaft und Politik setzen wir uns auseinander. Mit unseren Beschlüssen haben wir gute Leitlinien für gemeinsames Handeln und ein solidarisches Wir entwickelt. Lasst uns kraftvoll weiter an der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bildung arbeiten! Gemeinsam beschreiten wir gesetzliche, tarifpolitische, meinungsbildende und innerorganisatorische Wege, um unsere Ziele umzusetzen.

Marlis Tepe,
Vorsitzende der GEW

Inhalt



Gastkommentar Bildung. Weiter denken!	Seite 2
Impressum	Seite 3
Auf einen Blick	Seite 4
Prämie des Monats	Seite 5
Schwerpunkt: GEW-Gewerkschaftstag 2017 vom 6. bis 10. Mai in Freiburg/Breisgau	Seite 6
Gesellschaftspolitik	
1. Köderstrategien der Rechten im Netz: Die Köpfe der Hydra	Seite 32
2. Interview mit der neuen BAMF-Chefin Jutta Cordt: „... eine Einzelfallabwägung“	Seite 36
3. „Allianz für Weltoffenheit“: „Die Löcher im sozialen Programm der AfD thematisieren!“	Seite 44
Schule Studie der Hans-Böckler-Stiftung zu kommerzieller Nachhilfe: Ein besonderer Markt	Seite 34
Initiative „Bildung. Weiter denken!“	
1. Tour „GEW in Bildung unterwegs“: Zu Gast bei den Bildungsbaustellen NRWs	Seite 38
2. Kernthesen zur Bildungsfinanzierung: Garant für Wohlstand	Seite 39
3. Mythen der Steuerpolitik: Realitätsfremde Bedenken	Seite 41
E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“ Wie Lehrkräfte bedrohten Schülerinnen und Schülern helfen können: Aktiv gegen Abschiebung	Seite 42
GEW-Intern Nachruf auf Jörg Knobloch: Leseförderer	Seite 43
Leserforum	Seite 45
Diesmal	Seite 48
Titel: Werbeagentur Zimmermann	

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 69. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet
sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung
und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheriger
schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitglieds-
beitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der
Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30
Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der
Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland,
Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die
jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für un-
verlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexem-
plare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit
dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge
stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder
des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 01.01.2017,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

A13/E13 für Berliner Grundschullehrkräfte

Die GEW bewertet die Höhergruppierung der Grundschullehrerinnen und -lehrer in Berlin als „historischen Erfolg mit bundesweiter Signalwirkung“. „Seit Jahrzehnten kämpft die GEW dafür, dass Lehrkräfte gleich bezahlt werden – egal, an welcher Schulform. Mit dem Senatsbeschluss von Anfang Mai ist ein weiterer Schritt der Vereinbarung der GEW Berlin mit Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) vom August 2016 umgesetzt. Dieser Erfolg ist das Ergebnis der Arbeitskämpfe der Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen Jahren“, betonte Doreen Siebernik, Vorsitzende der GEW Berlin. Nach der Entscheidung werden ab dem Schuljahr 2017/18 alle Grundschullehrkräfte, die nach dem neuen Lehrkräftebildungsgesetz ab August 2014 ihr Referendariat begonnen haben, nach A13 bzw. Entgeltgruppe (EG) 13 bezahlt. Für die Beschäftigten bedeutet dies einen Gehaltssprung von bis zu 550 Euro brutto im Monat. Siebernik machte deutlich, dass Grundschullehrkräfte, die ihre Ausbildung nach älteren Regelungen beendet haben, ebenso unter Anerkennung ihrer Berufserfahrung höhergruppiert werden. „Die dafür notwendigen Regelungen müssen jetzt zeitnah und unkompliziert inkraft gesetzt werden“, verlangte sie. Auch der GEW-Hauptvorstand bewertete die Entscheidung in Berlin positiv. „90 Prozent der Grundschullehrkräfte sind Frauen. Die GEW macht sich mit dem Ziel ‚A13 für alle‘ für Besoldungsgesetze stark, die die mittelbare Diskriminierung von Grundschullehrerinnen wegen ihres Geschlechts beenden“, betonte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe auf dem Gewerkschaftstag in Freiburg (s. S. 6 ff.). „Berlin zeigt den anderen Bundesländern, wie es geht, und gibt der GEW bundesweit Rückenwind. Die anderen Länder müssen nun auch ihre Besoldungsgesetze ändern und nachziehen. Die Arbeit der Grundschullehrkräfte muss endlich aufgewertet werden!“

Tag der Arbeit: 360 000 Menschen demonstrieren

360 000 Menschen haben sich bundesweit zum „Tag der Arbeit“ an den knapp 500 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) beteiligt. Diese standen unter dem Motto „Wir sind viele. Wir sind eins.“ Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat mehr Steuergerechtigkeit eingefordert. Angesichts der hohen Vermögen und Erbschaften sei es an der Zeit, dass sich „Reiche und Superreiche an der Finanzierung eines handlungsfähigen Staates angemessen beteiligen“, betonte er während der Hauptkundgebung des DGB in Gelsenkirchen. Eine stärkere Belastung höherer Einkommen, eine Vermögen- und Erbschaftsteuer sowie eine dringend notwendige Entlastung der mittleren Einkommen seien ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland. Die GEW hat von Bund, Ländern und Kommunen mehr Anstrengung gefordert, um allen Menschen qualitativ gute Bildungsangebote zu machen. „Mit ihrer Initiative ‚Bildung. Weiter denken!‘ setzt sich die Gewerkschaft für mehr Investitionen im Bildungsbereich ein. Dieses Geld wird dringend benötigt: Das Bildungssystem ist seit vielen Jahren dramatisch unterfinanziert“, sagte Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der Bildungsgewerkschaft, während der Kundgebung in Karlsruhe.

Lehre an Hochschulen verbessern!

Mit Sanktionen für schlechte Dozenten und einem neuen, deutschlandweiten Gremium soll nach dem Willen des Wissenschaftsrats (WR) die Lehre an den Hochschulen verbessert werden. „Die Lehre hat nicht die Reputation wie sie die Forschung hat“, sagte die Vorsitzende des Beratungsgremiums, Martina Brockmeier, Anfang Mai in Berlin. Das müsse sich ändern. Unterstützung erhielt der WR von der GEW, den Grünen und dem Stifterverband.

Kern der Vorschläge ist die Einrichtung einer neuen eigenständigen Organisation. Sie soll unter anderem die Vergabe von Fördermitteln für die Lehre übernehmen und dafür sorgen, dass sich Ansätze für verbesserte Lehre an einzelnen Unis weiter verbreiten. GEW-Hochschulexperte Andreas Keller begrüßte die Vorschläge: „An vielen Hochschulen fristet die Lehre ein Schattendasein.“ Wer heute an der Uni Karriere machen möchte, müsse Publikationen in etablierten Journalen oder die Einwerbung von Drittmitteln für Forschungsprojekte nachweisen. „Es wird höchste Zeit, dass die Lehre in den Mittelpunkt der Hochschulen gerückt wird.“

Sakine Yilmaz erhält Asyl

Rund zehn Monate nach ihrer Flucht aus der Türkei hat die ehemalige Generalsekretärin der Lehrergewerkschaft Eğitim Sen in Deutschland Asyl erhalten. „Ich bin sehr glücklich“, erklärte Sakine Esen Yilmaz (s. E&W-Interview 12/2016) wenige Tage nach dem Eingang des positiven Bescheides. In einer engagierten Rede während der Kundgebung zum 1. Mai in Berlin dankte die kurdische Lehrerin DGB und GEW für die Unterstützung. „Internationale Solidarität ist nicht nur ein Schlagwort“, erklärte Yilmaz, die auch Gast des Gewerkschaftstags der GEW in Freiburg war (s. S. 14 f.), und rief zu weiterem Engagement auf: „Nicht überall auf der Welt können Gewerkschafter an diesem Tag frei demonstrieren.“ Bis 2016 war Yilmaz erst Frauen-, dann Generalsekretärin der GEW-Partnergewerkschaft Eğitim Sen Insbesondere wegen ihres Einsatzes für den muttersprachlichen Unterricht für kurdische Kinder wurde sie bereits vor dem Putschversuch im Juli 2016 zu 22 Jahren Haft verurteilt.



Foto: Canan Topçu

Sakine Esen Yilmaz, ehemalige Generalsekretärin der türkischen Lehrergewerkschaft Eğitim Sen

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Mitgliedsbeitrag wird angepasst

Für GEW-Mitglieder, die im Geltungsbereich des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) angestellt sind und rückwirkend zum 1. Januar 2017 eine Gehaltserhöhung um zwei Prozent bzw. von 75 Euro erhalten, wird der Gewerkschaftsbeitrag entsprechend der neuen Gehaltstabelle angepasst.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein GEW-Organise!-Kapuzenpulli.*

Prämie des Monats Juni: GEW-Organise!-Kapuzenpulli

Kleiner Fisch? Vielleicht. Aber gemeinsam stark. Der GEW-Organise!-Kapuzenpulli ist ein modisches Statement für gewerkschaftliche Organisierung und Fairtrade. Aus 100 % Bio-Baumwolle.



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!

Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon

Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Keine Alternative zur Inklusion

// Fünf Tage schlug das Herz der GEW in Freiburg im Breisgau. Fünf Tage diskutierten 432 Delegierte aus allen Landesverbänden über den künftigen Kurs der Bildungsgewerkschaft. Während des 28. Gewerkschaftstages entschieden sie über die politischen Leitlinien für die nächsten vier Jahre und wählten einen neuen Vorstand. Jetzt sind Bühne, Tische und Stühle abgebaut, Stapel von Papier fachgerecht fürs Recycling auf den Weg gebracht – der Gewerkschaftstag ist vorbei. Viele Anträge tragen nun den Titel „Beschluss“ – sie umzusetzen, ist unser aller Aufgabe. //

Die GEW hat sich in vielen zentralen bildungspolitischen Fragen politisch klar positioniert und damit die Weichen für eine erfolgreiche Arbeit gestellt. Stichwort „Inklusion“ (s. S. 10): Es gibt keine Alternative zur Inklusion, der Weg soll weiter beschritten werden – auch wenn die Politik gerade dabei ist, den Erfolg einer umfassenden inklusiven Entwicklung des Bildungswesens aufs Spiel zu setzen. Der Grund: Sie stellt zu wenig Gelder, zu wenig Personal und Zeit sowie wissenschaftliche Begleitung des Inklusionsprozesses bereit. Das bedeutet schlechte Arbeitsbedingungen für Lehr- und sozialpädagogische Fachkräfte sowie schlechte Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler. Deshalb schlägt die GEW ein Bündel an Maßnahmen vor, das für einen erfolgreichen Weg zu einem inklusiven Bildungswesen erforderlich ist. Dazu gehört, mehr Ressourcen bereit zu stellen, das Parallelsystem von Förder- bzw. Sonderschulen und allgemeinen Schulen schrittweise aufzuheben und den Transformationsprozess in eine inklusive Schule in den Schulgesetzen aller Bundesländer zu verankern. Stichwort „Bildung in der Migrationsgesellschaft“ (s. S. 12): Die GEW will

einen „Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik“. Diese muss den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung fördern sowie von arbeitsmarkt-, sozial- und bildungspolitischen Reformen flankiert werden. Bildung in der Migrationsgesellschaft ist direkt mit dem Leitbild inklusiver Bildung verknüpft. Da Bildung ein Menschenrecht ist, darf es weder vom Aufenthaltsstatus, der Dauer eines Asylverfahrens oder der individuellen Bleibeperspektive abhängig gemacht werden.

Stichwort „Bildung in der digitalen Welt“ (s. S. 25): Die GEW erwartet eine „deutliche Umwälzung“ von Gesellschaft und Arbeitswelt durch die vierte industrielle Revolution. Dieser Herausforderung will sie sich stellen – dabei Chancen und Risiken wie die Gefährdung von Arbeitsplätzen abwägen. Die Leitlinie für den Bildungsbereich lautet: Medienbildung muss die Menschen unterstützen, mit den digitalen Medien umzugehen und diese selbstbestimmt zu nutzen.

Stichwort „Lehrkräftemangel“ (s. S. 24): Um den sich drastisch verschärfenden Lehrkräftemangel zu bekämpfen, bietet die GEW der Kultusministerkonferenz und den Landesregierungen die Zusammenarbeit an. Der Grund: In den meisten Bundesländern können schon heute viele ausgeschriebene Stellen nicht mehr mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzt werden. Die Folgen sind dramatisch: Gesellschaftlich wichtige Projekte wie der Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Weiterentwicklung der Inklusion, die Integration Geflüchteter und der Anschluss an das digitale Zeitalter werden gefährdet. Diese Mangelsituation geht auf die Knochen der Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Erste Schritte, die sofort angegangen werden müssen, sind die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten für künftige Lehrkräfte vor allem für das Grundschullehramt, der Erhalt des Stellenpools und dessen bedarfsgerechter Ausbau.



Fotos: Kay Hirschelmann

Stichwort „Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer“ (s. S. 29): Seit dem Gewerkschaftstag 2013 in Düsseldorf hat das „Zukunftsforum Lehrer_innenbildung“ an einem Konzept für eine Neustrukturierung der Ausbildung gearbeitet. In Freiburg hat es jetzt „Leitlinien für eine innovative Lehrer_innenbildung“ vorgelegt, die in den nächsten vier Jahren Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen.

Um diese Vorhaben zu finanzieren, hat sich die GEW während des Gewerkschaftstages noch einmal dafür stark gemacht, dass das Versprechen von Bundeskanzlerin Angel Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten der Länder vom Dresdner Bildungsgipfel 2008 endlich umgesetzt wird: Dieses sieht vor, dass die Bundesrepublik sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung investiert und drei Prozent in die Forschung (s. S. 25). Dieses Ziel sollte 2015 erreicht sein, aber auch heute ist das Land noch weit von dieser Marke entfernt.



Impressionen

Wichtig war den Delegierten, ein klares Zeichen gegen rechts zu setzen und sich von populistischen Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) deutlich zu distanzieren: GEW und AfD stehen sich diametral gegenüber. Sie machten klar, dass es keine Berührungspunkte gibt und AfD-Mitglieder keinen Platz in der GEW haben (s. S. 16).

Kontinuität und Verjüngung

Personell setzt die Bildungsgewerkschaft auf Kontinuität und Verjüngung. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands der „Generation um die 50“, mit denen die GEW vor vier Jahren während des Gewerkschaftstages in Düsseldorf den Altersumbruch eingeleitet hatte, sind wiedergewählt worden – ebenso, wie die Delegierten die Vorsitzende Marlis Tepe und ihren Stellvertreter Andreas Keller in ihren Ämtern bestätigt haben. Neu hinzugekommen sind „die Jungen“: Björn Köhler, 36 Jahre, verantwortlich für Jugendhilfe und

Sozialarbeit, sowie Daniel Merbitz, 41 Jahre, für die Tarif- und Beamtenpolitik. Erstmals hat die GEW vor, während und nach dem Gewerkschaftstag verstärkt ihre Social-Media-Kanäle eingesetzt, um auf den Gewerkschaftstag aufmerksam zu machen. Etwa über drei Videos zu den Themen „Inklusion“, „Bildung in der Migrationsgesellschaft“ und „Aufwertung und bessere Bezahlung der Grundschullehrkräfte“: Diese informierten über Fragen, die auf dem Gewerkschaftstag eine wichtige Rolle spielen sollten. Hohe Zugriffszahlen und spannende Diskussionen etwa auf Facebook bestätigen, dass es richtig war, diesen Weg – neben der Echtzeit-Berichterstattung auf der GEW-Website – zu beschreiten. Die Berichterstattung in Presse, Hörfunk und Fernsehen über den Gewerkschaftstag war gut, insbesondere wenn man berücksichtigt, dass Freiburg nicht gerade als Medienstandort berühmt ist und geografisch nicht den Mittelpunkt Deutschlands bildet. Zum ersten Mal

hat der Hauptvorstand in Kooperation mit der gastgebenden GEW Baden-Württemberg vor dem Auftakt in Freiburg zu einer Landes-Pressekonferenz eingeladen. Das hat sich bewährt. So konnte die GEW ein Thema in den Medien setzen und deren Aufmerksamkeit auf den Gewerkschaftstag lenken. Über alle wichtigen Entscheidungen des 28. Gewerkschaftstages der GEW informieren wir Sie auf den folgenden Seiten.

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der
„Erziehung und Wissenschaft“

Alle Infos rund um den Gewerkschaftstag in Freiburg finden Sie auf der GEW-Website unter www.gew.de/gewerkschaftstag, die Diskussion auf Facebook zum Thema „Inklusion“ hier: www.gew.de/facebook-diskussion

Marlis Tepe steht erneut an der Spitze der GEW

// Auf dem Gewerkschaftstag vom 6. bis zum 10. Mai in Freiburg hat die GEW einen neuen Vorstand gewählt, der mehrheitlich der alte ist. Neu besetzt worden sind die Verantwortlichkeiten für die Bereiche Jugendhilfe und Sozialarbeit sowie für Tarif- und Beamtenpolitik, weil die Amtsinhaber nicht mehr für eine weitere Wahlperiode angetreten sind. Wiedergewählt wurden an die Spitze der GEW Vorsitzende Marlis Tepe und ihr Stellvertreter Andreas Keller. //

Frauke Gützkow

Frauke Gützkow vertritt die GEW frauenpolitisch auch in den nächsten vier Jahren. 81,9 Prozent der Delegierten haben die 55-Jährige wiedergewählt. Gützkow kündigte an: „Ich werde mich weiter intensiv für die Themen Entgeltgleichheit und Arbeitszeit einsetzen.“

Petra Grundmann

Petra Grundmann wird den Arbeitsbereich Finanzen, den sie seit 2001 leitet, auch in den kommenden vier Jahren verantworten. Für die 59-Jährige votierten 69,3 Prozent der Delegierten. Mit Blick auf künftige Tarifauseinandersetzungen sieht die Sozialpädagogin die Bildungsgewerkschaft „bestens gerüstet“.

Fotos: Kay Herschelmann



Ilka Hoffmann

Mit 202 zu 201 Stimmen hat sich die Sonderschullehrerin Ilka Hoffmann bei der Wahl für den Organisationsbereich Schule gegen ihren Herausforderer, den Berliner Schulleiter Nuri Kiefer (48), durchgesetzt. Die 53-Jährige appellierte an die Politik: „Inklusion darf auf keinen Fall auf dem Rücken der Pädagoginnen und Pädagogen ausgetragen werden.“

Björn Köhler

Björn Köhler ist künftig für den Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich. 65,3 Prozent der Delegierten haben ihn gewählt. Köhler setzte sich gegen den Heil- und Kindheitspädagogen Andreas Giersch (50) durch. Der 36-Jährige folgt Norbert Hocke (63) nach, der dieses Amt seit 1986 innehatte. Köhler leitete bisher das Sozialpädagogische Büro der GEW Bayern. Einen Fokus seiner Arbeit sieht der gelernte Sozialarbeiter im Ausbau der Kita-Qualität.

Daniel Merbitz

Neu im Amt für den Arbeitsbereich Tarif- und Beamtenpolitik ist Daniel Merbitz. 79,8 Prozent der Delegierten votierten für ihn. Der Jurist löst Andreas Gehrke (61) ab, der nicht wieder angetreten war. Der 41-Jährige wies darauf hin, dass sich die GEW politisch, organisatorisch und finanziell auf die weitere Auseinandersetzung um das Streikrecht für Beamtinnen und Beamte vorbereiten müsse.

Marlis Tepe

Mit deutlicher Mehrheit haben die Delegierten Marlis Tepe als GEW-Vorsitzende wiedergewählt. Die 63-Jährige erhielt 71,3 Prozent der Stimmen. Tepe versprach: „Wir wollen den erfolgreichen Kurs der vergangenen vier Jahre fortsetzen.“

Abschied I



Gab 31 Jahre alles für die Jugendhilfe und Sozialarbeit: Vorstandsmitglied Norbert Hocke. Die Delegierten des Gewerkschaftstages dankten ihm für seine überragende Arbeit mit Standing Ovations.



Ansgar Klinger

Ansgar Klinger repräsentiert weiterhin den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung. 89 Prozent der Delegierten gaben ihm ihre Stimme. Der 52-Jährige will sich für eine bessere Bezahlung und Qualifizierung in der Beruflichen Bildung und Weiterbildung einsetzen. Er betonte: „Wir brauchen eine stärkere Anerkennung dieser Berufe.“

Andreas Keller

Andreas Keller ist in seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender bestätigt worden. Er hat 89,1 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich vereint.

Der 51-Jährige wird zudem auch in den nächsten vier Jahren den Organisationsbereich Hochschule und Forschung leiten. 90,2 Prozent der Delegierten gaben ihm hierfür ihre Stimme.

Der Politikwissenschaftler verlangte von Bund und Ländern eine ausreichende und verlässliche Finanzierung von Hochschule und Wissenschaft: „Der Nachwuchs benötigt verlässliche Karrierewege.“

Abschied II



Hielt das GEW-Schiff vier Jahre in der Tarif- und Beamtenpolitik auf Kurs: Vorstandsmitglied Andreas Gehrke. Kein leichtes Unterfangen in schwierigen Zeiten. Zum Abschied gab es den verdienten Applaus der Delegierten des Gewerkschaftstages.

Inklusion ist alternativlos

// Die GEW will das Nebeneinander von Förderschulen und allgemeinen Schulen nach und nach abschaffen. Mit großer Mehrheit verabschiedete der Gewerkschaftstag den Antrag „Es gibt keine Alternative zur Inklusion“. Auch eine Fachtagung zum Thema ist geplant. //

Das Parallelsystem von Förder- und Sonderschulen sowie allgemeinbildenden Schulen muss nach Ansicht der GEW schrittweise aufgehoben werden. „Der Transformationsprozess in eine inklusive Schule ist in den Schulgesetzen aller Bundesländer zu verankern“, heißt es in dem Antrag, der gegen Ende des Gewerkschaftstages nach langer Debatte und zehn Änderungsanträgen beschlossen wurde. Das mehrgliedrige deutsche Schulsystem hemme die Umsetzung der Inklusion und vertiefe die soziale Segregation. „Inklusion ist eine Aufgabe für alle Schulen“, hält der Gewerkschaftstag fest.

Konkret sieht der Beschluss Folgendes vor:

- Alle allgemeinen Schulen sollen aus ihrem Einzugsbereich Schülerinnen und Schüler aufnehmen, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben.
- Die an diesen Schulen tätigen Fachkräfte sollen alle Aufgaben von Inklusion abdecken.
- Medizinische Fachkräfte und Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie für Herkunftssprachen sind nach Bedarf einzustellen.
- Multiprofessionelle Teams arbeiten auf Augenhöhe zusammen – mit unbefristeten Verträgen.
- Unterrichtsverpflichtung und Arbeitszeit müssen Inklusionsaufgaben ermöglichen.
- Klassenobergrenzen sollen gesenkt werden.
- Statt Ziffernnoten soll es alternative Formen der Leistungsrückmeldung geben, Prüfungen müssen an ein inklusives Schulsystem angepasst, Pädagoginnen und Pädagogen entsprechend aus- und fortgebildet werden.

- Die Länder sollen regionale Zentren für Beratung und Unterstützung einrichten.

Der Hauptvorstand erhielt außerdem den Auftrag, zeitnah eine Fachtagung Inklusion zu organisieren.

Bis der mehrfach modifizierte Antrag verabschiedet wurde, hatte es ein zähes Ringen gegeben. Der Bremer Landesvorstandssprecher Bernd Winkelmann sagte, die Beschlüsse zur Inklusion dürften nicht nur ein „Appell“ sein, sondern müssten sehr konkret ausfallen. Susanne Gondermann von der Bundesfachgruppe (BFGA) Gesamtschulen plädierte dafür, einzelne Schritte zu nennen, „die jetzt unmittelbar nötig sind“.

Sichere Perspektive nötig

Intensiv diskutiert wurde über die von der Antragskommission empfohlene Streichung eines Passus, in dem es unter anderem hieß, die Landesverbände sollten sich bei Ministerien und Regierungen dafür einsetzen, LSE-Förderschulen – also Einrichtungen mit den Förderschwerpunkten Lesen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung – in auslaufende Schulformen zu über-

führen, so dass diese so schnell wie möglich geschlossen würden. Gundi Müller von der BFGA Sonderpädagogische Berufe kritisierte eine große Verunsicherung ihrer Kolleginnen und Kollegen: Diese bräuchten eine sichere Perspektive.

Großen Wert legten die Delegierten auch darauf, ein gewerkschaftliches Inklusionsverständnis verbindlich weiterzuentwickeln. Ilka Hoffmann, die den GEW-Vorstandsbereich Schule verantwortet, räumte ein, die Organisation sei beim Thema Inklusion „gespalten“. Darüber müsse man künftig diskutieren. Im Plenum wurden außerdem Stimmen laut, die forderten, verstärkt nicht nur Schulen, sondern auch Kitas und Hochschulen in die Debatte mit einzubeziehen. Elena Jung aus dem Vorstandsbereich Aus-, Fort- und Weiterbildung der GEW Rheinland-Pfalz appellierte vor dem Hintergrund vieler Klagen über zu wenig Personal und zu wenig Geld für Inklusion an die Delegierten: „Konzepte müssen jetzt schon gesponnen werden, auch wenn die Ressourcen noch nicht stimmen.“

Nadine Emmerich,
freie Journalistin



**Profis für
INKLUSION
für Profis**

Jetzt wechseln und mitfeiern!

**Gewinnen Sie
Event-Gutscheine im
Wert von je 500 Euro!**



¹ Voraussetzung: Bezügekonto mit Online-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

² Für GEW-Mitglieder, Voraussetzung: Eröffnung Bezügekonto, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied.

³ Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch Mastercard® Classic mit gleichen Leistungen möglich.

Unglaublich: Das kostenlose Bezügekonto¹ der BBBank feiert seinen 10. Geburtstag!

Während andere Banken ihre Gebühren erhöhen, bieten wir unseren Kunden Kontoführung zum Nulltarif¹ inkl. BankCard und Depot! Wenn Sie jetzt zum Bezügekonto der BBBank wechseln, können Sie an über 3.000 Geldautomaten kostenlos Geld abheben. Hätten Sie es gedacht? Der Online-Kontowechsel dauert für Sie nicht länger als 8 Minuten.

Gewinnen Sie einen von 10 Event-Gutscheinen im Wert von je 500,- Euro und feiern Sie mit!

Exklusive GEW-Vorteile:

- 50,- Euro Startguthaben²
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard³ zum Bezügekonto

Jetzt informieren:

In Ihrer Filiale vor Ort, unter Tel. 0 800/40 60 40 190 (kostenfrei)
oder www.bbbank.de/gew 

Mehr dazu unter
www.bbbank.de/gew



Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst



Eine große Herausforderung für die Lehrerinnen und Lehrer: der Unterricht für Kinder und Jugendliche, die aus vielen Ländern und unterschiedlichen Kulturkreisen mit ihren ganz individuellen Erfahrungen kommen.

Migration als Normalität anerkennen und gestalten

// Der Gewerkschaftstag der GEW fordert einen bildungspolitischen Kurswechsel. Politik und Gesellschaft müssten Migration als Normalität anerkennen und politikfeldübergreifend gestalten. Deutschlands Wirklichkeit werde längst grundlegend von Migration geprägt. //

Konkret verlangten die Delegierten, Asyl-, Migrations- und Entwicklungspolitik neu auszurichten, eine aktive Friedens- und Umweltpolitik zu betreiben sowie den Welthandel fair zu gestalten. Dies müsse begleitet werden von einem Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert, Vielfalt und Gleichberechtigung anerkennt und von Reformen in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik flankiert wird.

Gute Bildung sei deshalb von herausragender Bedeutung. Die GEW sieht Bildung als Querschnittsaufgabe. Sie müsse die ökonomische, politische, rechtliche, soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen ermöglichen und gesellschaftlichen Spaltungen entgegenwirken. Allgemein

gebürten sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe ein deutlich höherer Stellenwert. Diese seien für ein friedliches und demokratisches Zusammenleben unabdingbar. Bildung in der Migrationsgesellschaft ist für die GEW unmittelbar mit Inklusion verknüpft. „Die zentrale Aufgabe des Bildungswesens ist es, allen Menschen – unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, des Geschlechts, einer Behinderung, des aufenthaltsrechtlichen Status und anderen sozialen und persönlichen Voraussetzungen – eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung sowie Chancen für den größtmöglichen Bildungserfolg zu gewährleisten“, heißt es im Beschluss.

Die GEW macht sich dafür stark, strukturelle, institutionelle und individuelle Diskriminierungen im Bildungswesen abzubauen und inklusive migrationspädagogische Ansätze in den verschiedenen Bereichen weiterzuentwickeln. Das erfordere einen Perspektivwechsel, der verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, strukturelle Reformen in allen Bildungsbereichen sowie eine aufgaben- und bedarfsgerechte Ausstattung der Bildungseinrichtungen nach sich zieht.

Aktuell fehle es jedoch an Geld und Zeit für einen quantitativen und qualitativen Ausbau sowie an pädagogischem Personal und multiprofessionellen Teams. Das grundsätzliche Selbstverständnis des nationalstaatlich verfassten Bildungswesens sei zu hinterfragen, appelliert die GEW an Politik und Gesellschaft. Vorschriften und Schulbücher spiegelten noch immer die Idee von nationaler, kultureller, ethnischer und sprachlicher Homogenität als Norm wider.

Weg von den Defiziten der „Anderen“, hin zu den Defiziten im Bildungssystem, verlangten die Delegierten. Migration müsse in einer demokratischen Gesellschaft als Chance betrachtet werden. Dazu will die GEW nicht nur bildungs-, sondern auch gesellschaftspolitisch in Kooperation mit anderen Akteuren beitragen. Eine diversitätsbewusste Organisationsentwicklung soll die Partizipation von Pädagoginnen und Pädagogen sowie anderen im Bildungsbereich Beschäftigten mit Migrations- und Fluchterfahrung unterstützen.

Norbert Glaser,
freier Journalist

KMK will duale Ausbildung stärken

// Berufliche Bildung müsse wieder einen höheren gesellschaftlichen Stellenwert erhalten, so hat KMK-Präsidentin Susanne Eisenmann (CDU) die Schwerpunkte der Kultusministerkonferenz (KMK) für die nächsten Jahre beschrieben. //

„Wir wollen dagegenwirken, dass Eltern und Schüler denken, der Weg über das Gymnasium mit anschließendem Studium sei der einzig richtige Weg“, sagte die baden-württembergische Kultusministerin Eisenmann, die in diesem Jahr auch KMK-Präsidentin ist, vor den Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages. Die be-

rufliche Ausbildung sei gleichwertig mit der akademischen Ausbildung. Deswegen wolle die KMK die duale Ausbildung stärken. „Wir erkennen, dass es hier noch viel Nachholbedarf gibt“, betonte Eisenmann. Zudem sei die Digitalisierung in den Schulen ein weiterer Arbeitsschwerpunkt der KMK. „Der Einsatz von Laptops und Tablets kann kein Selbstzweck sein, er führt nicht automatisch zu besserem Unterricht“, positionierte sich Eisenmann. Trotzdem müsse die Digitalisierung in der schulischen und beruflichen Bildung verankert werden. In ihrer Reaktion auf die KMK-Präsidentin bestätigte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe die Bedeutung beruflicher Bildung: „Wir



Foto: Kay Heischelmann

„Der Einsatz von Laptops und Tablets kann kein Selbstzweck sein, er führt nicht automatisch zu besserem Unterricht“, sagte Susanne Eisenmann (CDU), amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz.

liefern seit Jahren Argumente für die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.“ Mit Blick auf die Digitalisierung des Unterrichts forderte sie vor allem mehr Zeit für die Qualifizierung der Lehrkräfte.

Julia Stoye,
Internetredakteurin GEW Baden-Württemberg



Habichtswald-Klinik

Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde
Psychosomatik · Innere Medizin · Onkologie

Leisten Sie pädagogische Schwerstarbeit?

Fühlen Sie sich ausgebrannt und müde?

... bei uns können Sie wieder Atem schöpfen und neue Kraftquellen erschließen.

Seit über 20 Jahren kombinieren wir aktuelle und bewährte Therapieverfahren der Psychotherapie, der Schulmedizin, des Gesundheitssports und der Naturheilkunde zu einer Ganzheitsmedizin, die zum Ziel hat, Körper, Geist und Seele wieder in eine gesunde Balance zu bringen. So können eigene Fähigkeiten frei entfaltet werden und zur Heilung beitragen. Weitere Informationen zu unseren Spezialkonzepten z.B. bei Burnout, Tinnitus, Depression oder Angsterkrankungen erhalten Sie unter www.habichtswaldklinik.de oder gebührenfrei* unter 0800 890 11 00.

Habichtswald-Klinik · Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe

Ohne Job und sozial isoliert



Foto: Kay Hirschelmann

„Lehrkräfte und Wissenschaftler, die sich für Frieden und Demokratie einsetzen, werden in der Türkei unterdrückt“, berichtete Kamuran Karaca, Präsident der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen.

// Entlassen, verhaftet, eingeschüchtert, ohne Pass und ohne Perspektive: Nach dem Referendum hat sich die Lage für Lehrkräfte in der Türkei noch einmal verschärft. „Wir werden massiv eingeschüchtert und verfolgt“, sagte Kamuran Karaca, Präsident der Bildungsgewerkschaft Eğitim Sen, im E&W-Interview. //

E&W: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ist nach dem Referendum am Ziel. Hat sich die Lage für Lehrkräfte jetzt etwas entspannt?

Eğitim Sen:

- Eğitim Sen ist neben 22 kleinen eine der drei großen Lehrergewerkschaften in der Türkei; eine weitere wird von der Regierung organisiert, die dritte ist nationalistisch ausgerichtet.
- 1 220 Lehrkräfte an Schulen und 330 weitere an Hochschulen, die entlassen worden sind, sind Mitglied bei Eğitim Sen.
- 120 000 Mitglieder zählte Eğitim Sen vor dem Putschversuch im Juli 2016. Heute sind es noch 95 000. mh/hari

Kamuran Karaca: Nein, im Gegenteil. Lehrkräfte und Wissenschaftler, die sich für Frieden und Demokratie einsetzen, werden weiter unterdrückt – und das noch stärker als früher. Gleich nach dem Referendum verabschiedete Erdogan ein neues Dekret und entließ noch einmal 3 900 Akademiker und Wissenschaftler. Sie dürfen nicht mal mehr ihr Büro an der Uni betreten.

E&W: Etwa 33 000 Lehrkräfte sind seit dem Putschversuch im Juli 2016 aus Schulen und Hochschulen entlassen worden – davon über 1 500 Eğitim-Sen-Mitglieder. Wovon leben sie?

Karaca: Von ihrem Ersparten. Von Geld, das ihnen Verwandte geben, die oft selbst ökonomische Probleme haben. Vom Verkauf ihres Besitzes. Auch unsere Gewerkschaft unterstützt sie: Wir zahlen unseren Mitgliedern, die im Zuge dieser Hetzjagd entlassen worden sind, umgerechnet 600 Euro im Monat. Das können wir als Gewerkschaft noch bis zum Sommer verkraften. Wir haben deshalb die Beiträge leicht erhöht, danach müssen wir neu überlegen.

E&W: Finden Betroffene keine anderen Jobs?

Karaca: Nein, sie dürfen in der Türkei keine Beschäftigung annehmen, auch nicht in der Privatwirtschaft. Nicht einmal als Kellner können sie arbeiten. Ein

paar haben das versucht. Sie haben es gelassen, nachdem die Polizei den Restaurantbesitzern drohte, ihren Laden dicht zu machen. Was viele vergessen: Mit dem Arbeitsplatz an der Schule oder Universität haben die Betroffenen auch ihre Kranken- und Rentenversicherung verloren.

E&W: Könnten die entlassenen Lehrkräfte im Ausland eine Arbeit finden?

Karaca: Nein, sie dürfen nicht ausreisen. Sie können auch keine Einladungen von Hochschulen im Ausland annehmen. Ihre Pässe wurden eingezogen und annulliert. Diese Perspektivlosigkeit lässt viele verzweifeln. Eine Umfrage ergab, dass sich vier von fünf Betroffenen so hilflos fühlen, dass sie an Selbstmord denken. Viele sind auch sozial isoliert.

E&W: Finden sie psychologische Hilfe?

Karaca: Ja. Unsere Mitglieder helfen ihnen vor Ort. Wir versuchen, die Betroffenen nicht allein zu lassen, besuchen sie, begleiten sie, sprechen mit Eltern, damit diese verstehen, warum es zur Entlassung kam. Wir sprechen auch mit den Kollegen entlassener Lehrerinnen und Lehrer.

E&W: Zeigen sich diese solidarisch mit ihren Ex-Kolleginnen und -Kollegen?

Karaca: Nicht alle. An den Schulen herrscht selbst unter den Lehrkräften, die ihre Arbeit noch haben, große Angst, verfolgt und eingeschüchtert zu werden. Auch deswegen treten viele einer Gewerkschaft nicht bei.

E&W: Tausende Entlassungen – wer unterrichtet die Kinder in der Türkei?

Karaca: Um die Lücke zu schließen, werden heute mehr Kinder in eine Klasse gesteckt. Die Schulen und Unis stellen auch befristet ein – die neuen Lehrkräfte müssen kein pädagogisches Studium absolviert haben, so können sie auch prekär beschäftigt werden. Zudem dürfen sie heute auch fachfremd unterrichten. Beides geht auf Kosten der Unterrichtsqualität. Wo ganze Fachbereiche verwaist sind, versuchen entlassene Hochschullehrkräfte, öffentlich auf der Straße zu lehren. Viele Studierende unterstützen ihre Professoren und gehen hin!

E&W: Die Opposition in der Türkei ist zersplittert. Erschwert auch das die Situation der Pädagoginnen und Pädagogen?

Karaca: Ja. Das Referendum hat zwar gezeigt, dass Erdogan nicht die Mehrheit der Menschen hinter sich hat. Es gibt in vielen Städten auch Straßenproteste gegen seine politische Linie, an der unsere Mitglieder teilnehmen. Doch leider existiert in meinem Land noch keine einheitliche Oppositionsbewegung. Das „Nein“-Lager des Referendums und die politischen Parteien sind zersplittert und können sich nicht einigen.

E&W: Welche Unterstützung erwarten Sie von den deutschen Kolleginnen und Kollegen der GEW?

Karaca: Dass sie über die Botschaft in Richtung Türkei Protestbriefe schicken. Sich solidarisch zeigen gegenüber ihren aus der Türkei nach Deutschland geflüchteten Kollegen. Vor allem aber, dass sie die Öffentlichkeit informieren und sensibilisieren – und auch gegenüber Institutionen der Europäischen Union (EU) Druck machen.

Interview: Martina Hahn,
freie Journalistin,
Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der E&W

Kritisch und gefährlich

Über 70 000 Beamte ließ der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan in den zurückliegenden Monaten verhaften, darunter viele Lehrkräfte. An Schulen und Hochschulen entließ er 33 000 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Dienst, 10 000 Pädagoginnen Pädagogen wurden zeitweise suspendiert. Ihnen allen warf die Regierung vor, den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen zu unterstützen und am Umsturzversuch vom Juli 2016 beteiligt gewesen zu sein. Zwar ordnete Erdogan Ende November 2016 auf Druck von Eltern und internationalen Organisationen an, einige der suspendierten Lehrkräfte wieder einzustellen, doch die Lage bleibt für diese kritisch und gefährlich. mh/hari



Foto: Reuters/Sertac Kayar

Die türkische Polizei ging teils hart gegen Demonstranten vor, wie hier während einer Protestaktion gegen die Entlassung von Lehrkräften in Diyarbakir.

Solidarität mit türkischen Kolleginnen und Kollegen

// Einstimmig haben sich die Delegierten des GEW-Gewerkschaftstages mit den Kolleginnen und Kollegen solidarisiert, die in der Türkei verfolgt und bedroht werden oder ihre Arbeit verloren haben. //

Nach Angaben der Berliner GEW, die den Eilantrag eingebracht hatte, hat der türkische Staat gegen 3 500 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ein Verfahren wegen „Terrorpropaganda“ eingeleitet. Ihnen drohen hohe Gefängnisstrafen. Zehntausende Lehrerinnen und Lehrer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler seien entlassen worden, weil sie demokratische Freiheiten einforderten oder für Frieden und Verständigung in Kurdistan eingetreten sind (s. Interview S. 14 f.). Alternative Arbeitsstellen blieben ihnen zumeist versperrt.

Mehr als 100 Wissenschaftler arbeiten auf der Basis befristeter Verträge oder Stipendien an deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen in der Türkei. Der GEW-Hauptvorstand wurde aufgefordert, Maßnahmen und Netzwerke zu entwickeln, um diese Kolleginnen und

Kollegen zu unterstützen. Auswärtiges Amt und Landesregierungen sollten bewegt werden, bei Einreisevisa und Aufenthaltsgenehmigungen die rechtlichen Möglichkeiten im Sinne der Betroffenen aususchöpfen. Wissenschaftliche Institutionen könnten Beschäftigungsmöglichkeiten ausloten und Betroffene einladen. Gleichzeitig gelte es auf türkische Partnerorganisationen einzuwirken. Ein Plädoyer für den Abbruch der Kontakte zur Türkei fand keine Mehrheit.

Die allgemeine Entwicklung in der Türkei betrachteten die Delegierten mit großer Skepsis. Es bestehe die Gefahr einer Präsidialdiktatur. Es gelte alle zu unterstützen, die sich für ein demokratisches und laizistisches Schulsystem einsetzen. Die Regierung der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP) vernichte Existenzen und schließe Bildungseinrichtungen in ganzen Regionen. Das treffe nicht nur die Rechte der Lehrkräfte, sondern auch die der Schülerinnen und Schüler. Die türkische Regierung stelle das Menschenrecht auf Bildung infrage.

Norbert Glaser,
freier Journalist



GEW: klare Kante gegen die AfD. Die rechtspopulistische Partei ist mit ihrer menschenverachtenden Politik ein Gegner der Bildungsgewerkschaft.

Foto: Kay Hirschelmann

Diametral zur AfD – aktiv gegen rechts

// Mit überwältigender Mehrheit stellten die Delegierten fest, dass die Alternative für Deutschland (AfD) und die GEW sich diametral gegenüberstehen. Einen Ausschluss von AfD-Anhängern lehnten sie zwar ab. Alle Mitglieder sind aber aufgerufen, sich „Aktiv gegen rechts“ zu engagieren. //

Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW hatte gefordert, AfD-Mitglieder aus der GEW auszuschließen. Die Studierenden begründeten ihren Vorstoß damit, dass das Eintreten für die AfD-Programmatik durch Mitgliedschaft oder öffentliches Auftreten mit den Aussagen der GEW-Satzung (s. vor allem § 3) nicht zu vereinbaren und damit satzungswidrig sei.

Die rechtspopulistische Partei vertrete rassistische, sexistische, xeno- wie homophobe sowie geschlechterfeindliche Einstellungen, befeure in ihrem politischen Handeln „gefährliche Ressentiments“. Diese Positionen stünden völlig konträr zu den Werten der GEW, wie der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Inklusion oder dem Ziel eines

demokratischen und sozialen Europa. Die AfD sei zudem dabei, „sich als offene rechte Kraft im Parteienspektrum der Bundesrepublik zu etablieren“. Rechtes Gedankengut sei wieder „salonfähig“ geworden. Daraus müsse die GEW, die für eine offene Gesellschaft der Vielfalt streite, Konsequenzen ziehen.

Die Delegierten folgten jedoch mehrheitlich der Antragskommission, die einen Ausschluss von AfD-Mitgliedern auch aus juristischen Gründen nicht für den richtigen Weg hält. Doch sind alle in der GEW nun aufgefordert „ganz klar Gegenposition zu beziehen“. Hetzpropaganda sei keine Meinungsäußerung, „sondern eine Form der Gewalt“, heißt es in dem verabschiedeten Beschluss. Den Landesverbänden wird empfohlen, GEW-Mitglieder, die rechtes Gedankengut verbreiten, den Austritt nahezu legen, und im Einzelfall zu prüfen, ob „entsprechende Ausschlussstatbestände“ vorlägen. Denn: „Wer hetzt, fliegt.“

Der BASS konnte sich im Vorschlag der Antragskommission nicht wiederfinden. Anne-Maike Krüger, Landesverband (LV) Mecklenburg-Vorpommern, wies in der Debatte darauf hin, dass 20 Pro-

zent der gewerkschaftlich Organisierten AfD-Wähler seien. Der Rechtspopulismus sei längst ein Phänomen der gesellschaftlichen Mitte und propagiere einen „hämischen Antiintellektualismus“. Deshalb und mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl müsse die GEW von Anfang an klare Kante zeigen: Die AfD sei mit ihrer menschenverachtenden Politik „ein Gegner der GEW“, ihre Mitglieder seien somit auszuschließen, folgerte Krüger. Tom Erdmann vom Vorstandsteam des LV Berlin betonte dagegen: „Wir brauchen keinen Unvereinbarkeitsbeschluss, wir sind stark genug, uns mit AfD-Anhängern argumentativ auseinanderzusetzen.“

Zu Diskriminierungen, Ressentiments, Ausgrenzungen und Rassismus gebe es, so der Gewerkschaftstag, klare Alternativen: Sie hießen Respekt und Solidarität. Das bedeute auch, wie es Thomas Hoffmann, Delegierter aus dem LV Thüringen, allen Delegierten mit auf den Weg gab, dass jede und jeder, der rechte Hetze vor Ort erlebt, einschreiten müsse.

Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der E&W

„Gute Bildung für alle“

// „Bildung in den Mittelpunkt zu stellen, ist sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll.“ Darauf wies der stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, Ralf Stegner, in Freiburg während des Gewerkschaftstages der GEW hin. //

„Genies fallen nicht vom Himmel. Sie müssen Gelegenheit zur Ausbildung und Entwicklung haben“, betonte Stegner unter Verweis auf ein Zitat August Bebel. Bildung ermögliche Emanzipation und Teilhabe – politisch, gesellschaftlich, sozial und ökonomisch. Deutschland müsse bei Bildung und Ausbildung wieder zu den Besten gehören, so Stegner mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl: „Wir brauchen gute Bildung für alle.“ Konkret bedeute das

beispielsweise Eltern von Bildungskosten zu entlasten – von der Kita über die Ausbildung bis zum Master. Aber auch gute Unterrichtskonzepte, engagierte Lehrerinnen und Lehrer sowie ein Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung, der individuelle Förderung und Inklusion ermöglicht, seien nötig. Schulen müssten Lebensräume werden, in den Lernen Spaß macht. Stegner plädierte für eine „bildungspolitische Wende“, mit erhöhten Investitionen in Kitas, Schulen und Berufsschulen, mehr Mitteln für Personal und mehr länderübergreifender Koordinierung. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe unterstrich in ihrer Erwiderung, man sei sich ja über die bildungspolitischen Forderungen weitgehend einig. Aber dort, wo die SPD in den vergangenen Jahren mitregiert habe,



Foto: Kay Herschelmann

„Wir brauchen eine bildungspolitische Wende“, betonte Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender.

hätten die Sozialdemokraten ihre Ankündigungen leider nicht mit ausreichend Investitionen in Bildung umgesetzt.

Norbert Glaser,
freier Journalist

DAS LEBEN IST
WISSEN. BLEIB NEUGIERIG!

KLASSENFAHRT IN DIE JUGENDHERBERGE

Tipps und Programmangebote:
jugendherberge.de/klassenfahrten



Globale Herausforderung

// Fred van Leeuwen, Generalsekretär der Bildungsinternationale (BI), sieht die Welt in einer Krise. Die Demokratie stehe auf dem Prüfstand, sagte er vor den Delegierten des Gewerkschaftstages der GEW in Freiburg. //

Vertraute Sicherheiten gerieten ins Wanken. Der Bildungsbereich stehe dadurch vor enormen Herausforderungen. Für van Leeuwen haben sich scheinbare Gewissheiten in Luft aufgelöst. Dabei hatten die Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Vereinten Nationen sowie des Pariser Klimaabkommens 2015 noch zu einer Welle des Optimismus geführt. „Wir schienen nicht nur auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu sein, sondern hatten auch die Hoffnung auf eine an demokratische Werte gebundene Entwicklung. Heute befinden wir uns in einer Krise, die viele gesellschaftliche Grundlagen infrage stellt“, betonte der BI-Generalsekretär. Bildung sei zur globalen Herausforderung geworden. „Die beste Investition ist die in Menschen, die Fakten von Fake News unterscheiden können und für demokratische Werte eintreten“, betonte der niederländische Ge-



Foto: Kay Henschelmann

„Die beste Investition ist die in Menschen, die Fakten von Fake News unterscheiden können und für demokratische Werte eintreten“, unterstrich Fred van Leeuwen, Generalsekretär der Bildungsinternationale.

werkschafter, der seit Gründung der Bildungsinternationale 1993 Generalsekretär ist. Die Regierungen müssten die Mittel für diese öffentliche Aufgabe bereitstellen. Die Gewerkschaften dürften nicht widerspruchlos zulassen, dass Privatunternehmen diese übernehmen. „Geld ist genug da. Es wird nur an der falschen Stelle gehortet. Viel zu viele versuchen, ihre Steuerpflicht zu umgehen“, unterstrich von Leeuwen.

Er erinnerte an die „Vier Säulen der Bildung“ der UN-Bildungsorganisation UNESCO von 1996. Diese wollte damit auf die Anforderungen für die Bildungspolitik im 21. Jahrhundert reagieren: „Lernen, zusammenzuleben“; „Lernen, Wissen zu erwerben“; „Lernen zu handeln“ und „Lernen für das Leben“. Wachsender Rassismus, Nationalismus und zunehmende Fremdenfeindlichkeit hätten diese Ziele untergraben. „Dabei steht im Zentrum unseres Berufes der Wunsch, möglichst allen Menschen zu fairen und gleichen Chancen in der Schule und in der Gesellschaft zu verhelfen.“ Die GEW rief van Leeuwen auf, ihre Ziele weiterzuverfolgen und an ihren Werten festzuhalten. Sie habe eine Verantwortung gegenüber den Schülerinnen und Schülern, der Gesellschaft und der Wahrheit. Bildung sei eine zentrale Komponente, um die Ziele der Agenda 2030 zu realisieren. Sie müsse alle Menschen mitnehmen. Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung führe durch die Klassenzimmer. Van Leeuwen sprach stellvertretend für die Gäste aus mehr als 20 Ländern, die am Gewerkschaftstag teilnahmen.

Norbert Glaser,
freier Journalist

Weiterbildung wertschätzen

// Die Delegierten des Gewerkschaftstages der GEW verabschiedeten in Freiburg mehrheitlich Anforderungen für „Gute Arbeit in der Erwachsenen- und Weiterbildung“. //

Dies sei nötig, stellten sie fest, weil der Bereich staatlich organisierter und finanzierter Erwachsenen- und Weiterbildung chronisch unterfinanziert ist. Die Folge: befristete, prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse. Der Beschluss verpflichtet die GEW, sich verstärkt für eine größere gesell-

schaftliche Wertschätzung sowie für die Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beschäftigten in dieser Branche einzusetzen. Die Delegierten sprachen sich für ein Bundesrahmengesetz für den Weiterbildungsbereich aus. Darin sollten Grundsätze und Rahmen für Angebote, Zugang, Qualitätssicherung, Finanzierung sowie Partizipations- und Supportstrukturen ebenso festgelegt werden wie Kriterien, die Professionsstandards für das Personal definieren. In der Regel sollen Beschäftigte in der öffentlich finanzierten Erwachsenen- und

Weiterbildung in einem Normalarbeitsverhältnis tätig sein. Dazu gehörten ein festes, unbefristetes Arbeitsverhältnis in Vollzeit – auf Wunsch in Teilzeit – und eine Bezahlung nach Tarif. Die Arbeitsverhältnisse seien entweder über einen allgemeingültigen Branchentarifvertrag nach Tarifvertragsgesetz und/oder über vergleichbare Haustarifverträge abzuschließen. Bei Honorarkräften sei ein Verdienst zu garantieren, der mit dem Gehalt eines Festangestellten vergleichbar ist.

Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der E&W



Foto: imago

Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss besser werden, um die Lehre zu stärken. Heute kommen an Universitäten 72 Studierende auf einen Professor, eine Professorin – eine gute Betreuung ist so kaum zu gewährleisten.

Kehrtwende in der Hochschulfinanzierung nötig

// Die Studierenden werden immer mehr – nicht aber die Mittel für die Hochschulen. Allein in den zurückliegenden 15 Jahren hat sich die Zahl der dort Eingeschriebenen verdoppelt, während die Grundfinanzierung der Hochschulen faktisch zurückging, nimmt man die anteiligen Ausgaben der Länder als Basis. „Von guten Studienbedingungen sind wir weit entfernt“, kritisiert die GEW. //

Daher haben die Delegierten des Gewerkschaftstages einstimmig eine Kehrtwende in der Hochschulfinanzierung gefordert. Schon heute ist der Betreuungsschlüssel an Universitäten mit 72 Studierenden pro Professorin bzw. Professor kritisch. Für das Jahr 2025 wird sogar ein Verhältnis von 1:90 erwartet. Das gefährde Qualität und Standards. Die GEW wird deshalb für bessere Studienbedingungen kämpfen. Die Politik sei in der Pflicht, das Angebot an Studi-

enplätzen bedarfsgerecht auszubauen, heißt es in dem Beschluss des Gewerkschaftstages. Die Bildungsgewerkschaft will ihre Entfristungsoffensive für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verstärken. Sie setzt sich dafür ein, dass die Zahl befristeter Stellen reduziert und diese in reguläre umgewandelt werden. Der Personalbestand solle angehoben und an den Bedarf angepasst werden. Auch das Kooperationsverbot müsse man dringend komplett abschaffen. Es verbietet dem Bund, Länder und Kommunen im Bildungsbereich dauerhaft finanziell zu unterstützen. Die GEW setzt sich auch für den Ausbau von Studierendenwohnheimen ein. Über erweiterte soziale Angebote könnten Studierende Studium und Familie besser vereinbaren. Ziel der GEW ist auch eine Reform des BAföG über höhere Fördersätze und Freibeträge.

Martina Hahn,
freie Journalistin

Die Israelitische Kultusgemeinde
München und Oberbayern,
Körperschaft des öffentlichen Rechts,



Israelitische
Kultusgemeinde
München
und Oberbayern

sucht zum nächst möglichen Zeitpunkt eine(n)

qualifizierte(n) Grundschullehrer(in)

für die **konfessionelle Sinai-Gantztages-Grundschule**
am St.-Jakobs-Platz 18 in 80331 München.

Ihr Profil setzt mindestens das 1. Staatsexamen für die Grundschule voraus, das 2. Staatsexamen ist wünschenswert. Sie haben Interesse an der Entwicklung und Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte und sind bereit, sich fachlich und methodisch-didaktisch weiterzubilden. Freude an der Arbeit mit Kindern, Respekt und Verständnis für die jüdische Religion und Tradition werden vorausgesetzt. Gute Allgemeinbildung sowie Sensibilität im Umgang mit Kindern, Eltern und Mitgliedern der Gemeinde werden erwartet.

Wir bieten Ihnen einen attraktiven Arbeitsplatz im Herzen von München an einer Schule mit kleinen Klassen und moderner Ausstattung. Die Vergütung lehnt sich an die Vorgaben staatlicher Schulen an.



Wir freuen uns auf Ihrer Bewerbung, gerne per E-Mail:
Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern K.d.ö.R.
Geschäftsleitung, St.-Jakobs-Platz 18, 80331 München
Tel.: 089-202400-125; Fax: 089-202400-102
E-Mail: verwaltung@ikg-m.de, www.ikg-m.de



Mit Kraft ins neue Leben

AKUTKLINIK URBACHTAL

PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE



- * Depressionen
- * Angststörungen
- * Chronische Schmerzen
- * Traumafolgestörungen
- * Burnout
- * Lebenskrisen

- * Hochfrequente Therapien
- * Herzlichkeit und Mitgefühl
- * Individualität in familiärem Kreise
- * 60 Betten / 30 Therapeuten

Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
beihilfefähig

88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
(auch am Wochenende)
www.akutklinik.de



Kretschmann hält an Kooperationsverbot fest

// Baden-Württembergs Regierungschef Winfried Kretschmann (Grüne) bleibt in der Debatte um die von der GEW geforderte komplette Aufhebung des Kooperationsverbotes* von Bund und Ländern in der Bildung bei seinem eindeutigen Nein. //

„Da habe ich eine ganz klare Haltung, und davon lasse ich mich nicht abbringen“, betonte Kretschmann während der Eröffnung des 28. Gewerkschaftstages der GEW in Freiburg. Mit Blick auf das geplante milliardenschwere Programm von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) zur Digitalisierung von Schulen sagte der Grünen-Politiker: „Wir brauchen nicht dauernd Programme, sondern die entsprechenden Mittel auf Dauer.“ Die Länder müssten sonst monatelang warten, bis Programme ausverhandelt seien – und nach deren Auslaufen wieder monatelang nachverhandeln. Der Ministerpräsident will sich nicht vom Bund reinreden lassen, wie und wofür das Land Gelder ausgibt. Die GEW pocht darauf, das Kooperationsverbot aufzuheben. Der Bund könnte, argumentiert die Bildungsgewerkschaft, dann beispielsweise Kommunen bei der Sanierung maroder Schulen unterstützen. Um das Verbot abzuschaffen, ist jedoch eine Grundgesetzänderung notwendig.

Unterbrochen wurde Kretschmann von einer Protestaktion des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten (BASS) der GEW. Baden-Würt-



Fotos: Kay Herschelmann

„Da habe ich eine ganz klare Haltung, und davon lasse ich mich nicht abbringen“, blieb Winfried Kretschmann (Grüne), Ministerpräsident von Baden-Württemberg, bei seinem Nein zur Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildung.

temberg hatte wenige Tage zuvor als erstes Bundesland beschlossen, Studiengebühren von 1 500 Euro pro Semester für ausländische Studierende zu erheben. Dagegen protestierte der BASS. Kretschmann blieb indes auch in dieser Sache hart: „Nein, das Gesetz nehmen wir nicht zurück“, unterstrich er. „Es gibt gute Gründe dafür.“ Gesetze würden überprüft – jedoch erst nach einigen Jahren, „nicht nach drei Tagen“. Proteste gab es auch zum Thema Berufsverbote. Die Betroffenen wollen endlich von der Landesregierung – wie in Niedersachsen – rehabilitiert werden. Zum Hintergrund: 1972 hatte der sogenannte Radikalenerlass dazu geführt, dass zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber für den öffentlichen Dienst nach Untersuchungen von Behörden und Verfassungsschutz abgelehnt wur-

den und Berufsverbot erhielten. Nach Ansicht der GEW ist eine Entschädigung der Opfer überfällig. Kretschmann appellierte, als er in seiner Rede fortfuhr, an Politiker und Lehrkräfte, Kindern und Jugendlichen die Geschichte Europas wieder intensiv in Erinnerung zu rufen. „Nur wer die Geschichte kennt, kann die heutigen Probleme richtig einordnen“, betonte er. Nationalismus könne diese nicht lösen.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

***Kooperationsverbot: Bund und Länder dürfen nach Art. 104b und 91b des Grundgesetzes nur in eng gefassten Ausnahmefällen in der Bildung miteinander kooperieren.**

„60 Milliarden Euro für die Bildung“

// „Die Linke würde fünf Jahre lang rund 60 Milliarden Euro in die Bildung stecken“, sagte Linken-Chef Bernd Riexinger auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg. //

Dieses Geld sei vorhanden, „nur in hohem Maß ungerecht verteilt“. Riexinger warb für die geplante Vermögenssteuer

seiner Partei von fünf Prozent ab der zweiten Million. Dies würde 80 Milliarden Euro mehr pro Jahr für den Staat bedeuten – Einnahmen, die den Ländern und damit auch dem Bildungssystem zugutekämen. Damit ist Riexinger sehr nahe an den Forderungen der GEW. Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ will die Gewerkschaft die Bildungsfinanzierung umfassend reformieren und schlägt dazu

ebenfalls eine Erhöhung der Erbschaftsteuer sowie eine Wiedereinführung der Vermögensteuer vor.

Der Parteichef sagte weiter, der Zugang zu Bildung sei nach wie vor viel zu stark von der sozialen Herkunft abhängig. Für viele Kinder falle schon nach der Grundschule die Entscheidung, welche Türen ihnen verschlossen blieben. „Wenn Kinder bildungsferne Eltern haben, ist

es Aufgabe der Gesellschaft, sie zu fördern.“ Bildung sei eine öffentliche Aufgabe und müsse daher auch „grundsätzlich gebührenfrei sein“. In der Politik seien zwar alle immer für mehr Geld für Bildung, „aber es passiert einfach nichts“. Die Sonderprogramme von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) reichten bei weitem nicht aus. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe betonte in ihrer Antwort auf Riexinger, „nahezu alle Forderungen“ hätten auch von ihr kommen können. „Die Linke“ und GEW hätten viel gemeinsam, „aber noch nicht die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler gewonnen“.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin



„Wenn Kinder bildungsferne Eltern haben, ist es Aufgabe der Gesellschaft, sie zu fördern“, hob Bernd Riexinger, Vorsitzender „Die Linke“, hervor.

„Für eine Investitionsoffensive“

// „Wir wollen sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in die Bildung und 3,5 Prozent in die Forschung investieren“, sagte Bettina Jarasch, Mitglied des Grünen-Bundesvorstands. //

Die Politikerin bekräftigte in ihrer Forderung, was Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die



„Es braucht eine Investitionsoffensive, wenn wir gute Bildung und Chancen für alle und überall in Deutschland ermöglichen wollen“, sagte Bettina Jarasch, Mitglied des Bundesvorstands Bündnis 90/Die Grünen (rechts, im Gespräch mit der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe).

Ministerpräsidenten 2008 beim „Bildungsgipfel“ in Dresden vereinbart hatten. Jarasch betonte: „Es braucht eine Investitionsoffensive, wenn wir eine gute Bildung und Chancen für alle und überall in Deutschland ermöglichen wollen.“ Mit Blick auf Kitas plädierte Jarasch für gesetzliche Qualitätsstandards. Für den Kita-Ausbau wolle ihre Partei drei Milliarden Euro zusätzlich bereitstellen, in den Ausbau sowie die Sanierung von Schulen zehn Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren investieren. Ebenso wie die GEW sprach sich Jarasch deshalb für eine vollständige Aufhebung des im Grundgesetz verankerten Kooperationsverbotes aus. „Dann wäre es auch möglich, den Ausbau der Ganztagsbetreuung finanziell zu unterstützen“ – mit weiteren vier Milliarden Euro. Für Jarasch ist die Schule der Zukunft eine inklusive. Dazu brauche es allerdings, so die Grünen, intensivere individuelle Förderung durch mehr qualifiziertes Personal.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Wahrt man den Geist eines frühen Vordenkers und Pioniers, indem man ihn konserviert oder transformiert? Unsere Schule basiert auf den unschätzbaren wertvollen Lehren von Rudolf Steiner – und stellt sich zugleich der heutigen Welt, mit ihren rasant hereinbrechenden Herausforderungen. Globalisierung, Digitalisierung, Populismus ... allesamt Themen, auf die wir zusammen mit unseren SchülerInnen gute, neue Antworten finden wollen und müssen. Für die kluge Verbindung unserer bestehenden Struktur mit unseren Organisationsideen für morgen, unseres Schulalltags mit seiner sinnvollen Weiterentwicklung suchen wir ab sofort

eine pädagogische
Geschäftsführung (m/w).

www.loheland.de 

Suchtprävention wirkt!

- Information und Aufklärung für alle
- Suchtprävention in der Schule
- Klassenfahrt und Lehrerfortbildung
- Adventure Camp und Leadership Camp

Ausführliche Informationen zu unseren Projekten: www.kmdd.de
Wir freuen uns auf Ihre Anfragen: 089 85639961 oder info@kmdd.de

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende!
Spendenkonto: IBAN: DE03 7002 0270 6406 6666 60
BIC: HYVEDEMMXXX - UniCredit Bank AG - HypoVereinsbank

ÖPP-Modelle abgelehnt

// Die GEW lehnt Investitionen in Schulen oder Straßen über sogenannte ÖPP-Modelle – öffentlich-private Partnerschaften – weiterhin strikt ab. Die Delegierten des Gewerkschaftstages in Freiburg votierten mit großer Mehrheit für einen entsprechenden Antrag. //

Die öffentliche Hand dürfe sich beim Bau von Schulen oder Kindertageseinrichtungen auch in Zeiten knapper Finanzen nicht aus der Verantwortung stehlen, heißt es in der Begründung des Antrags. Die geplante Neuregelung des Länderfinanzausgleichs dürfe nicht mit anderen Vorhaben wie ÖPP-Modellen – beispielsweise für die Sanierung von Schulen –

verknüpft werden. Damit würden in großem Stil neue ÖPP-Finanzprodukte vorbereitet, grundgesetzlich abgesichert und so eine funktionelle Privatisierung vorbereitet, warnt die GEW: „Wir würden uns ÖPP ausliefern.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

„Großer Handlungsbedarf“



„Lehrerinnen und Lehrer haben keinen leichten Job, das geht nur mit sehr viel Engagement“, lobte Thomas Strobl, stellvertretender CDU-Vorsitzender, die Leistungen, die Schule tagtäglich erbringt. Nach seiner Rede nahm er sich Zeit, um mit Gewerkschaftstagsdelegierten über die Abschiebepolitik in Baden-Württemberg zu diskutieren.

// Mit „mehr Anerkennung“, aber auch durch eine bessere Bezahlung will der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl wieder mehr Menschen für den Lehrerberuf begeistern. //

Zehn Minuten spricht Strobl darüber, was Baden-Württemberg so alles für Lehrkräfte und Schüler mache. Dass die Hälfte des Landesetats in Bildung fließe etwa, oder „noch nie so viele Lehrkräfte eingestellt wurden wie im laufenden Jahr“. Zehn Minuten also, dann wird der Landesminister für Inneres, Digitalisierung und Migration, plötzlich selbstkritisch: „Bei der Aus- und Fortbildung von jungen Menschen haben wir großen Handlungsbedarf!“ Hier herrsche „Wildwuchs“, ein Mangel, der nicht nur Spätstartern, sondern auch Migranten die Chance raube anzukommen, im Beruf ebenso wie in der Gesellschaft und im Leben. Problematisch, so Strobl, sei auch das „sehr unterschiedliche Bil-

dungsniveau“ der Geflüchteten: „Viele sind Analphabeten, das ist eine riesige Herausforderung für uns alle.“

Eine einzige Mitschülerin mit Migrationshintergrund habe er früher an seiner Schule gehabt, hat der CDU-Vize kurz zuvor erzählt, „sie sprach perfekt Deutsch“. Heute besuchten Kinder aus 40 Nationen seine alte Einrichtung, deutschsprachige Kinder bildeten dort die Minderheit. „Das zeigt, dass Lehrerinnen und Lehrer keinen leichten Job haben, das geht nur mit sehr viel Engagement“, lobt Strobl. Und mit besserer Bezahlung und Aufwertung des Lehrberufs sowie über mehr Anerkennung. Dann, ist Strobl überzeugt, könne man auch mehr Menschen für den Lehrerberuf begeistern. „Geld“, so der Unionspolitiker, „ist nicht alles, aber Geld ist auch Ausdruck von Wertschätzung.“

„Sie finden, Föderalismus ist wichtig, auch in der Bildung“, verabschiedet GEW-Vorsitzende Marlis Tepe später ihren Gast. „Wir finden, dass in den Län-

dern viel zu wenig Geld in die Bildung fließt.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

Gegen Abschiebepolitik

Herausgefordert fühlten sich etliche Delegierte aus mehreren Landesverbänden vor allem von der Abschiebepolitik in Baden-Württemberg. Für diese ist CDU-Mann Thomas Strobl als Ressort-Chef für Inneres, Digitalisierung und Migration im Land verantwortlich. Rund 80 Kolleginnen und Kollegen protestierten vor der Bühne, auf der Strobl stand. „Keine Abschiebung nach Afghanistan!“ hatten sie auf ihre Plakate geschrieben. Die Migranten, sagten sie, von denen Strobl spreche, „das sind unsere Schülerinnen und Schüler“. mh

Bildung für Weltoffenheit

// DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann preist auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg die Drei-Länder-Region als Beispiel für das gelebte Europa. Gleichzeitig sei die politische Union in einer schlechten Verfassung. Gute Bildung sei wichtig für mehr Weltoffenheit. //

„Bildung ist ein Menschenrecht. Eine gute Bildung ist die Voraussetzung für gleiche Chancen für alle, für ein selbstbewusstes Leben und für eine gelebte soziale Demokratie“, daran ließ der DGB-Chef keinen Zweifel. Nach wie vor hingen in Deutschland aber die Bildungschancen von Kindern vom Geldbeutel und dem Bildungsstand der Eltern ab. Deutschland sei immer noch weit vom Leitbild einer inklusiven Bildung entfernt. Um das zu ändern, plädierte Hoffmann

für eine bessere finanzielle Ausstattung des Bildungssektors und eine faire Bezahlung der dort Beschäftigten. Auch im Bildungsbereich müsse „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Die Arbeit der im Bildungswesen Tätigen werde nicht genug wertgeschätzt. Alle dort Beschäftigten müssten durch Tarifverträge geschützt werden. Es könne nicht sein, dass sich immer mehr Arbeitgeber aus der Verantwortung stehlen. Nicht nur in der Weiterbildung schrien die Arbeitsbedingungen oft zum Himmel. Viele Lehrkräfte sowie wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Hochschulen würden mit Zeitverträgen und teilweise unterirdischen Gehältern „abgespeist“. Gleichzeitig seien Aufklärung, Emanzipation und Bildung die „Anforderungen der Gegenwart“. Nur so ließe sich die Bedrohung durch den Rechtspopulismus zurückweisen. Die Gewerkschaften hätten



Foto: Kay Hirschelmann

„Bildung ist ein Menschenrecht. Gute Bildung ist Voraussetzung für gleiche Chancen für alle“, stellte DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann fest.

keinen Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Auch Gewerkschaftsmitglieder, so Hoffmann selbstkritisch, seien nicht gegen rechtes Gedankengut gefeit.

Norbert Glaser,
freier Journalist

Lehrergesundheit: Hilfe bei Burn-out

ANZEIGE

„Ich stecke in einer emotionalen Sackgasse und brauche Hilfe!“ Diese Einsicht steht häufig am Ende eines langen und schmerzhaften Prozesses. Dabei kann eine professionelle Behandlung die Chance sein, die eigene Gesundheit nachhaltig zu stabilisieren.

Starker Zeitdruck, wenige Pausen, steigende Gewaltbereitschaft in der Schule, Ausweitung der Anforderungen, mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben: Es gibt gravierende Belastungsfaktoren, denen sich eine Lehrkraft heute ausgesetzt sieht. Fehlen zudem die Unterstützung durch die Vorgesetzten, ein respektvolles Verhalten der Eltern, das stützende private Umfeld oder gibt es Konflikte im Kollegium, dann können sich psychische Erkrankungen entwickeln.

„Zunächst ist eine gründliche Diagnostik zur Einleitung effektiver und rasch wirk-



samer Therapiemaßnahmen entscheidend“, erklärt Dr. Tobias Freyer, Ärztlicher Direktor der Parkklinik Wiesbaden Schlangenbad. „Nach der Entlastung von akuten Beschwerden muss sich eine exzellente Behandlung aber vor allem an der anhaltenden Stabilität messen lassen.“ Der zentrale Leitgedanke hinter allen Maßnahmen in der Parkklinik – auch bei der Behandlung von körperlichen Begleiterkrankungen und einer eventuellen medikamentösen Therapie – lautet daher: WIE KANN DIESER MENSCH MIT SEINER

PERSÖNLICHEN LEBENSGESCHICHTE UND SEINER PERSÖNLICHEN RESSOURCEN IN SEINER INDIVIDUELLEN SITUATION SO GESTÄRKT WERDEN, DASS ER DAUERHAFT IN DER LAGE IST, EIN GESUNDES UND ERFÜLLTES LEBEN MIT MÖGLICHST HOHER WIDERSTANDSKRAFT GEGEN KÖRPERLICHE UND SEELELICHE ERKRANKUNGEN ZU FÜHREN?

Die intensive psychotherapeutische Behandlung (3 Einzelgespräche pro Woche plus Gruppen- und Fachtherapien) unter Einbezug des privaten und beruflichen Umfelds bildet in der Parkklinik deshalb einen besonderen Schwerpunkt. Zudem ergänzt ein speziell auf arbeitsbezogene Belastungen zugeschnittenes Gruppenkonzept die individualisierte Therapie psychisch erkrankter LehrerInnen. „Durch diese spezifische Psychotherapie lassen sich Rückfallquoten drastisch reduzieren“, weiß der Leitende Psychologe Dr. Lars Hölzel.

Der Lehrkräftemangel in Deutschland verschärft sich zusehends. Die GEW bietet den Kultusministern an, das Problem gemeinsam anzugehen und zu lösen.

Fokus liegt auf Lehrkräftemangel

// In den Bundesländern gibt es zu wenige Lehrkräfte. Deshalb will die GEW auf das Thema Lehrkräftemangel einen Fokus legen. Sie verlangt von der Politik, deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer auszubilden und einzustellen. //

Auf dem Gewerkschaftstag stimmten die Delegierten für einen Dringlichkeitsantrag zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels. Darin wehrt sich die GEW entschieden dagegen, dass Lehrerstellen reduziert werden. Stattdessen macht sie sich für deren Ausbau stark. „Der Gewerkschaftstag fordert die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Lan-

desregierungen auf, die Verantwortung für die Sicherung des Lehrkräftebedarfs konsequent wahrzunehmen“, heißt es in dem Beschluss. Der Lehrkräftemangel verschlimmere die Situation an den Schulen: Die Arbeitsbelastung steige, die Qualität des Unterrichts leide. Kinder und Jugendliche bekämen oft nicht mehr die Bildungschancen, die ihnen zustünden. Soziale Ungerechtigkeiten könnten sich so noch verschlimmern. „Die GEW fordert die politisch Verantwortlichen auf, ausreichend Ressourcen bereitzustellen (...), dass in allen Regionen sowohl gleichwertige Bildungschancen als auch gleichwertige Arbeitsbedingungen gewährleistet werden“, fasst

der Beschluss die Zielsetzung der GEW zusammen. Sachsen-Anhalt ist eines der Bundesländer, in dem viele Stellen nicht besetzt sind. „In diesem Schuljahr fehlen uns 1 000 Lehrkräfte“, berichtete Landesvorsitzende Eva Gerth. „Lehramtsstudienplätze sind in den vergangenen Jahren in vielen Bundesländern Opfer von Kürzungspolitik geworden. Jetzt haben wir ein richtiges Problem. Die Länder müssen endlich eine verlässliche Personalpolitik betreiben.“ Deswegen fordert die GEW, dass mithilfe von Prognosen zu den zu erwartenden Schülerzahlen der Lehrkräftebedarf vorab berechnet wird. Ganztags, Inklusion, Integration geflüchteter Schülerinnen und Schüler sowie Digitalisierung erforderten zusätzliches Personal und müssten in die Planung einbezogen werden. Die GEW bot der KMK und den Ländern die Zusammenarbeit im Kampf gegen den sich verschärfenden Lehrkräftemangel an.

Auch in Baden-Württemberg gibt es ein großes Personalloch. Der Delegierte Stefan Bauer ist damit in seiner Arbeit als Personalrat konfrontiert: „Wir haben einfach viel zu wenige Bewerberinnen und Bewerber. Gerade im ländlichen Raum, an Grundschulen und für Vorbereitungsklassen für Geflüchtete gibt es zu wenige Lehrkräfte.“ Deshalb müsse der Beruf attraktiver werden – etwa durch geringere Unterrichtsverpflichtung und bessere Bezahlung.

Julia Stoye,
Internetredakteurin
GEW Baden-Württemberg

Lebenszeit – Arbeitszeit

„Zeit zu leben – Zeit zu arbeiten“ heißt der Beschluss des Gewerkschaftstages, mit dem sich die GEW für mehr Zeitsouveränität im Arbeitsalltag einsetzt. Zeit, Arbeits- und Lebenszeit – diese Themen stehen bei allen Gewerkschaften auf der Tagesordnung. Zeitbedürfnisse und Lebensentwürfe der Beschäftigten sowie der Menschen in Aus-, Fort- und Weiterbildung müssten wieder eine zentrale Rolle spielen, stellten auch die Delegierten in Freiburg fest. Es gehe, so der Gewerkschaftstag, um nichts weniger als eine neue Arbeitszeitkultur und darum, das gesamte Leben in den Blick zu nehmen. Das bedeute unter anderem, die Debatte um Sorgearbeit mit der Diskussion um Arbeitszeit zu verbinden. Die GEW will sich für mehr Zeitsouveränität nicht nur im Arbeitsalltag, sondern ebenso in den unterschiedlichen Lebensphasen einsetzen. So will sie Räume für politisches Engagement und Fortbildung genauso wie für Familie, Pflege und Freundschaften schaffen – nicht zuletzt auch Zeitfenster, die jeder Mensch für sich selbst braucht.

Die GEW wird in dem Zusammenhang Wahlarbeitszeitmodelle diskutieren, die Zielsetzungen und Rahmenbedingungen regeln sollen, aber keine detaillierten Vorgaben für konkrete betriebliche Arbeitszeitkonzepte machen.

Julia Stoye, Internetredakteurin GEW Baden-Württemberg/Helga Haas-Rietschel, Redakteurin der E&W

Digitalisierung kritisch und konstruktiv mitgestalten

// Die GEW will sich in den nächsten Jahren intensiv mit dem Thema Digitalisierung beschäftigen sowie Arbeits- und Lernbedingungen in der digitalisierten Bildung mitgestalten. Darauf verständigten sich die Delegierten während des Gewerkschaftstages der GEW mit großer Mehrheit. //

„Die GEW beteiligt sich an dem gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs über Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelt mit dem Ziel der Gestaltung der neu entstehenden Strukturen im Sinne verbesserter Arbeits- und Lebensbedingungen für alle“, heißt es in dem Beschluss. Die GEW befürchtet, dass sich die Arbeitsbedingungen durch den Einsatz digitaler Medien – unter anderem durch Entgrenzung und Verdichtung der Arbeitszeit – verschlechtern. „Diesen Entwicklungen wird die GEW entschieden entgegentreten“, hielten die Delegierten fest. Die Dringlichkeit und Bedeutung des Themas zeigte sich auch daran, dass zahlreiche Änderungsanträge eingereicht wurden. „Mit dem Beschluss steigen wir erst richtig in die Diskussion ein und werden weitere Teilfragen klären“, kündigte GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann, Leiterin des Organisa-

tionsbereichs Schule, an. „Klar ist aber, dass wir die Digitalisierung kritisch und konstruktiv mitgestalten wollen.“

Ein Delegierter wies auf die Gefahren hin, die beispielsweise von den Schadstoffen in Computerräumen oder der Strahlung mobiler Geräte für die Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer ausgehen. Auch über den Einfluss der Wirtschaft auf die Schulen und andere Bildungseinrichtungen sorgte sich das Plenum: Die Unternehmen wollten im Bildungsbereich über die Digitalisierung neue Märkte erschließen, so die Befürchtung. Auch der Datenschutz war Thema. Die Angst, die die Delegierten umtrieb: Daten von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern könnten ausgewertet und missbraucht werden. Susanne Gondermann, Bundesfachgruppe Gesamtschulen, schlug deshalb vor: „Schulen müssen so lange vom Netz, so lange der Datenschutz nicht gewährleistet ist.“ Anette Mevenkamp, Landesverband Nordrhein-Westfalen, hielt dagegen: „Schülerinnen und Schüler müssen lernen, mit den Medien kritisch umzugehen“, sagte sie, „das lernen sie aber nur, wenn sie die Medien auch nutzen und kennen.“

Julia Stoye,
Internetredakteurin GEW Baden-Württemberg

Kurswechsel in Steuerpolitik

// Die GEW wird sich künftig noch stärker als bislang in die Debatte um eine zukunftsfähige Steuer- und Finanzpolitik einmischen. Bund und Länder müssten erheblich mehr Geld für Bildung aufwenden, Bildung aufwerten sowie das Personal in den Einrichtungen aufstocken. Einen entsprechenden Antrag haben die Delegierten des Gewerkschaftstages einstimmig angenommen. //

Der Hauptvorstand soll eine neue Steuer- und Finanzpolitik vorantreiben, bei der hohe Einkommen, Vermögen und Gewinne steuerlich stärker belastet werden. „Das neue Steuerkonzept wird ein Bohren ganz dicker Bretter sein“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Zudem soll sich die GEW für das 2008 beim Dresdner Bildungsgipfel festgelegte Ziel stark machen, wonach sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts

(BIP) für Bildung und drei Prozent für die Forschung aufgebracht werden sollen. Auch Bündnisse mit „sozial engagierten und fortschrittlichen Kräften“, die gleiche Bildungsziele wie die GEW verfolgen, sollen vertieft werden. Im DGB wird die GEW intensiv für ihre Positionen werben und sich für entsprechende Beschlüsse einsetzen. Für all diese Schritte soll der Hauptvorstand ausreichend Personal und Kompetenzen zur Verfügung stellen.

Info- und Hintergrundmaterial zum Thema gibt es bereits: „Jeder von euch kann dazu beitragen, dass unser Anliegen in eurem Betrieb, bei eurem Bürgermeister und den Wählern in eurem Kreis eine Rolle spielt – damit unser Ziel auch umgesetzt wird“, appellierte Tepe an die Delegierten.

Martina Hahn,
freie Journalistin



Foto: dpa

Nicht nur das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ ist eine Großbaustelle – auch in der Bildungspolitik reißt Grün-Schwarz jetzt wieder einige Löcher auf, die Grün-Rot geschlossen hatte.

Lehrermangel „hausgemacht“

// Die Reden baden-württembergischer Politiker auf dem Gewerkschaftstag der GEW in Freiburg (s. Seiten 13, 20, 22) waren ein Spiegelbild der Bildungspolitik der grün-schwarzen Landesregierung: Radikale Veränderungen nach fünf Jahren Grün-Rot blieben bisher aus, mutige Reformen ebenso. Die Steuereinnahmen sprudeln, trotzdem werden Lehrerstellen gestrichen. //

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem seit 2011 nach über 50 Jahren CDU-geführter Regierungen mit Winfried Kretschmann ein Grüner an der Spitze des Landes steht, bis 2016 in Koalition mit der SPD und seit einem Jahr mit der CDU. Vor dem Hintergrund einer langen konservativen Ära ist es aus der Perspektive der Bildungsgewerkschaft erfreulich, wenn sich das GEW-Mitglied Kretschmann – wie am 6. Mai während des Gewerkschaftstages – klar gegen rechts und die im Ländle starke Alternative für Deutschland

(AfD) abgrenzt. Diese ist im Landtag mit 15,1 Prozent die stärkste Oppositionspartei, gefolgt von SPD mit 12,7 und FDP mit 8,3 Prozent.

Bildungspolitik steht bei der Öko-Partei, die mit 30,3 Prozent drei Punkte vor dem schwarzen Koalitionspartner liegt, aber nicht an erster Stelle. Ein grünes Trio aus Ministerpräsident, Finanz- und Wissenschaftsministerin verantwortet, dass jetzt 1 500 Euro Studiengebühren pro Semester für ausländische Studierende und ein Zweitstudium eingeführt werden (s. S. 20). Dies sei nötig, so die Begründung, um die Schuldenbremse einzuhalten, die über allen Entscheidungen der Regierung steht. Dazu gehört auch, dass ein Plan der alten grün-roten Landesregierung, Lehrerstellen zu streichen, fortgesetzt wird und bis 2020 mehrere Tausend Stellen eingespart werden sollen. „Trotz sprudelnder Steuereinnahmen streicht die Landesregierung Lehrerstellen. Deshalb fehlen Lehrkräfte für Informatik, Inklusion, Fördermaßnahmen in der Grundschule, Sprachförderung, Ethikunterricht, Ganz-

tags- und Gemeinschaftsschulen. Arbeitsbedingungen von Pädagoginnen und Pädagogen werden weiter verschlechtert. Wer die Qualität des Unterrichts verbessern will, muss zunächst dafür sorgen, dass er stattfindet“, sagte die Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, Doro Moritz, Mitte Mai zur Einjahresbilanz der Landesregierung.

Guter Draht

Das Kultusministerium ist nach fünf Jahren unter SPD-Führung wieder in der Hand der CDU. Die frühere Stuttgarter Schulbürgermeisterin Susanne Eisenmann und derzeitige Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) zählt in der Baden-Württemberg-CDU eher zu den progressiven Kräften. Der grüne Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn hatte sie mit dem Titel „Millionen-Susi“ verabschiedet, da es ihr in der Landeshauptstadt immer wieder gelungen war, Gelder für ihren Bereich locker zu machen. Dass der direkte Draht zwischen Eisenmann und der GEW funktioniert, ist gut, denn es gibt ausreichend Gesprächs-

stoff. Für die Qualitätsentwicklung in den Schulen hatten Grüne und GEW vorgeschlagen, der Landtag solle eine Enquetekommission einsetzen. Doch CDU und Ministerin Eisenmann zogen schnelle Ergebnisse vor. Wissenschaftlerinnen und Bildungsexperten ist daher schleierhaft, wie jetzt im Hauruck-Verfahren über einen Online-Fragebogen für Lehrkräfte grundlegende Erkenntnisse für den notwendigen Veränderungsprozess gewonnen werden sollen.

„Baustelle Bildung“

Endlich gelungen ist der Einstieg in eine Aufstiegsqualifizierung für einen Teil der Hauptschullehrkräfte, die bereits Eisenmanns SPD-Vorgänger Andreas Stoch auf den Weg gebracht hatte. Doch für Inklusion, die diesen Namen verdient, die bessere Unterstützung der Gemeinschaftsschulen und den Ausbau der Vertretungsreserve – sowie damit verbunden, über 3 000 Befristungen zu reduzieren –, fehlen derzeit offenbar der Wille und das Geld. Am 30. Juni wird die GEW deshalb unter dem Motto „Baustelle Bildung“ in Stuttgart für bessere Bildung demonstrieren. Weitgehend hilflos reagiert Grün-Schwarz auf den sich ab-

zeichnenden Lehrermangel an den 4 500 Schulen des Landes. Es wurde versäumt, ausreichend Studienplätze vor allem für Sonderpädagogik und die Grundschule zu schaffen. GEW-Vorsitzende Marlis Tepe und Landeschefin Moritz bezeichneten während einer gemeinsamen Pressekonferenz Anfang Mai in der Landeshauptstadt den Lehrermangel im Südwesten als „hausgemacht“. Sie werfen der Landesregierung vor, durch Stellenstreichungen junge Menschen davon abzuhalten, sich für einen pädagogischen Beruf zu entscheiden. „In den Klassenzimmern fehlen Lehrkräfte, trotzdem spart die Landesregierung Lehrerstellen ein und kürzt die Mittel für Lehrerfortbildung um eine halbe Million Euro“, kritisierte Moritz.

Die grün-rote Landesregierung hatte 2011 die Grunderwerbsteuer von 3,5 auf fünf Prozent erhöht und die Einnahmen in den Ausbau der Krippen und der Schulsozialarbeit gesteckt. Mit dem Koalitionspartner CDU konnten die Grünen nach der Wahl 2016 einen weiteren Anstieg nicht durchsetzen. Stattdessen vereinbarten die Koalitionspartner auf Druck der Union, einen Kinderbildungs-pass einzuführen. Derzeit sieht es aller-

dings so aus, dass die 75 Euro monatlich im letzten Kita-Jahr, die jährlich 84 Millionen Euro kosten würden, nicht finanziert werden können. Der GEW-Landesverband setzt sich dafür ein, dass der vor über zehn Jahren beschlossene Kita-Orientierungsplan endlich verpflichtend eingeführt und als nächster Schritt eine verbindliche Leitungszeit von 25 Prozent Leitungsfreistellung pro Kita-Gruppe festgelegt wird. Auch hier knausert die Landesregierung, statt in Bildung zu investieren. Den Kita-Trägern hatte die Politik gestattet, die bisherige Gruppengröße auf bis zu 30 Kinder zu erhöhen, um zusätzliche Plätze für geflüchtete Kinder zu schaffen. Gute Integration sieht anders aus.

Matthias Schneider,
GEW-Landesgeschäftsführer
Baden-Württemberg

Die GEW Baden-Württemberg ist mit 50 000 Mitgliedern die größte bildungspolitische Interessenvertretung in Baden-Württemberg.
Weitere Informationen:
www.gew-bw.de

Moritz kritisiert Grün-Schwarz

// „Die grün-schwarze Landesregierung will auf eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer verzichten“, monierte Baden-Württembergs GEW-Chefin Doro Moritz. Aktuell böten die Steuereinnahmen wenig Spielraum, um mehr Mittel für Schulen und Kitas zur Verfügung zu haben. //

Die GEW will die Vermögensteuer wieder einführen und die Erbschaftsteuer erhöhen, um die daraus resultierenden Einnahmen in Bildung zu investieren. Die GEW-Landesvorsitzende beklagte, dass Lehrkräftestellen gestrichen und künf-

tig Studiengebühren für ausländische Studierende erhoben werden. Zudem stünden zu wenige Ressourcen für Inklusion und die Verkleinerung der Kita-Gruppen bereit. Mit Blick auf die GEW-Forderung, Grundschullehrkräfte nach A13 statt wie bisher üblich nach A12 zu bezahlen, warf Moritz der Landesregierung vor, aus finanziellen Gründen am achtsemestrigen Lehramtsstudium für die Primarstufe festzuhalten – um Grundschulpädagoginnen und -pädagogen „weiter A12 zu zahlen“.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin



Foto: Kay Hirschelmann

„Stellen für Lehrerinnen und Lehrer werden gestrichen, Studiengebühren für ausländische Studentinnen und Studenten erhoben“, kritisierte Doro Moritz, Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, zwei bildungspolitische Entscheidungen der grün-schwarzen Landesregierung scharf.



Foto: dpa

Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2015: Nach wochenlangen Streiks setzten Beschäftigte und Gewerkschaften gegen hartleibige Arbeitgeber Aufwertungsschritte und eine bessere Bezahlung durch. 2020 wollen die Gewerkschaften die nächste Stufe erklimmen.

SuE aufwerten!

// Die GEW setzt den 2009 begonnenen Kampf fort, die Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) zu verbessern. Der Gewerkschaftstag hat den Hauptvorstand beauftragt, bis 2018 ein tarifpolitisches Gesamtkonzept zu entwickeln. //

Dieses soll sowohl fachlich-inhaltliche wie auch tarifliche Verbesserungen einer neuen Entgeltordnung enthalten und Vorschläge für die im Jahr 2020

anstehende Kampagne machen. Dazu gehört auch eine öffentliche Mobilisierungsinitiative. Die GEW-Mitglieder sollen sich an diesem Prozess aktiv beteiligen können. 2020 kann der Tarifvertrag für den SuE-Bereich erstmals wieder gekündigt werden, um Strukturfragen zu verhandeln.

Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Kindheitspädagoginnen und -pädagogen sowie Fachberaterinnen und -berater sollen in der künftigen Entgeltordnung des Tarifvertrags für den öffentlichen

Dienst (TVöD) für den SuE-Bereich als eigenständige Berufsgruppen berücksichtigt werden. 2015 sei deutlich geworden, dass die in diesen Bereichen arbeitenden Kolleginnen und Kollegen mit der gesellschaftlichen Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit unzufrieden sind. Um ihre Situation zu verbessern, hatten sie den langen Arbeitskampf aktiv unterstützt (E&W berichtete).

Norbert Glaser,
freier Journalist

Ja zur berufsbegleitenden Erzieherinnenausbildung

// Der Gewerkschaftstag der GEW hat sich angesichts des Fachkräftemangels im Kita-Bereich dafür ausgesprochen, Erzieherinnen und Erzieher auch berufsbegleitend auszubilden – allerdings seien dafür bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. //

Die Delegierten knüpften ihre Zustimmung an die Bedingung, dass die in der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz (KMK) zu Fachschulen aufgeführten Standards erhalten bleiben müssten. So sollten weiterhin 2 400 fachtheoretische Unterrichtsstunden innerhalb einer dreijährigen Fachschul-

ausbildung stattfinden. Der fachpraktische Teil solle in unterschiedlichen Einrichtungen der Jugendhilfe abgeleistet werden.

Der Beschluss fordert Länder und Kommunen auf, die nötigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um die Kolleginnen und Kollegen, die die fachpraktische Anleitung in den Kitas übernehmen, in ausreichendem Umfang freustellen zu können. Langfristig müssten diese eine höhere Vergütung oder zumindest eine Zulage erhalten. Auf den Personalschlüssel der jeweiligen Kita dürften die Auszubildenden erst im letzten Jahr ihrer berufsbegleitenden Ausbildung angerechnet werden.

Da vielerorts Fachpersonal fehlt, stellen einige Bundesländer zunehmend Quereinsteiger ein. Diese verfügten manchmal nur über eine Schnell- oder Kurzausbildung, monierten die Delegierten.

Gleichzeitig setzt sich die von der GEW seit langem geforderte Akademisierung des Berufes fort. Die unterschiedlichen Vorerfahrungen und Professionen in den Kitas erfordern ein Konzept, das die qualifizierte Anleitung angehender pädagogischer Fachkräfte gewährleistet.

Norbert Glaser,
freier Journalist

Lob für Arbeit des Zukunftsforums

// Ein Zeichen der Anerkennung ist ein starkes Votum. Ein zweites sind Worte des Lobs. //

Beides erhielten alle Aktiven des „Zukunftsforums Lehrer_innenbildung“ während des Gewerkschaftstags von den GEW-Delegierten für die Leitlinien einer innovativen Lehrkräfteausbildung, die sie entwickelt haben. „Das waren vier Jahre super Arbeit“, sagte der GEW-Vize-Vorsitzende Andreas Keller.

„Mit diesen Kriterien ist die Bildungsgewerkschaft für die kommenden vier Jahre gut gerüstet.“ Gute Pädagoginnen und Pädagogen – das ist für die GEW mehr als die formale Aneignung von Kompetenzen oder die Erfüllung von Standards. Ein guter Lehrer, eine gute Lehrerin ist in der Lage, „Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu befähigen, gesellschaftliche Verhältnisse kritisch zu reflektieren“, heißt es in dem Antrag des Hauptvorstands. Lehrenden dafür die Kompetenzen zu vermitteln – und zwar ein Leben lang –, ist Ziel der von den Delegierten angenommenen Leitlinien für eine innovative Professionalisierung der Lehrkräfte.

„Gute Bildung für alle Schülerinnen und Schüler setzt eine gute Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer voraus“, sagte Keller. „Und die ist im Herz der GEW verankert.“

Die Leitlinien gelten für die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Sie umfassen Curriculum und Transparenz in der Ausbildung genauso wie die Verflechtung von Theorie und Praxis. Fortbildung soll flexibel, familien- und bedarfsgerecht, freiwillig und kostenfrei angeboten werden.

Laut Leitlinien sollen sich Lehrämter und Ausbildung für allgemeinbildende Schulen künftig nicht mehr an Schulformen, sondern ausschließlich an Klassenstufen orientieren. Hochschulen, Seminare und Fortbildungsstätten müssten endlich personell und sachlich ausreichend ausgestattet werden, heißt es in dem Beschluss. Nur so ließe sich eine professionelle Qualität und Weiterentwicklung der Lehrkräfte sicherstellen. Vor allem aber müssten alle Studierwilligen

„Gute Bildung für alle Schülerinnen und Schüler setzt eine gute Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer voraus.“

Andreas Keller

auch Zugang zum Studium haben. Erst dann könne der Lehrkörper die Diversität der Gesellschaft widerspiegeln.

Mit den Leitlinien habe die GEW „eine bildungspolitische Vision, die auch tagespolitisch tauglich und aktionsfähig ist“, unterstrich Keller. Nun müssten die Kriterien auf jedes Bundesland heruntergebrochen und vor Ort umgesetzt werden.

Martina Hahn,
freie Journalistin

„Jeder hat das Recht auf Bildung...“

Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch:

- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
- **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
- **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

Globales Lernen und Portale

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:

- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
- das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
- das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder



STAMM Verlag E&W Irland Die grüne Insel

8-tägige Flugreise mit Durchführungsgarantie ab/bis Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart

ab € 1.569,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 329,- p. P.



Abflugtermine
17.06.17
24.06.17
08.07.17
22.07.17
05.08.17
12.08.17
26.08.17
02.09.17

Irische Natur, Kultur und Gastfreundschaft

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts|medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

GEW ringt um Umgang mit NS

// In der Debatte um die NS-Geschichte der GEW wird der Ton in der Gewerkschaft schärfer: Bei der Vorstellung der Max-Traeger-Biografie von Hans-Peter de Lorent am Rande des Gewerkschaftstages in Freiburg ging es auch emotional zu. //

In der Diskussion um die Aufarbeitung der NS-Geschichte der GEW verhärteten sich die Fronten: Der Autor der ersten wissenschaftlich fundierten Max-Traeger-Biografie, der frühere Hamburger Landeschef Hans-Peter de Lorent (s. E&W 5/2017, S. 25 f.), fordert den Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeier auf, seine Vorwürfe zurückzunehmen. Dieser hatte Traeger, erster Vorsitzender der GEW und Namensgeber der wissenschaftlichen Stiftung der GEW, vorgeworfen, ein NS-Mitläufer gewesen zu sein. „Ortmeier muss öffentlich zugeben, dass Traeger kein Mitläufer war. Das erwarte ich“, sagte de Lorent während der Veranstaltung in Freiburg. „Es ist kein Kavaliersdelikt, jemanden als Nazi zu bezeichnen.“ Ortmeier selbst kam nicht zur Buchvorstellung, ließ vorab jedoch ein Heft verteilen, in dem er die Person Traeger weiter infrage stellt und de Lorent vorwirft, konkreten Fragen zur Rolle Traegers auszuweichen.

Kritik nicht belegt

Hintergrund der Debatte ist ein Buch von Ortmeier und Saskia Müller („Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933-1945“) über den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), in dem 97 Prozent aller Lehrkräfte während der Nazi-Zeit Mitglied gewesen seien, darunter auch Traeger (1887-1960). Genauer gesagt geht es um das letzte Kapitel des Bandes, in dem sich Ortmeier/Müller mit der GEW auseinandersetzen, ihre Thesen zur und ihre Kritik an der GEW jedoch nicht wissenschaftlich untermauern. Viele Lehrkräfte, die in der Nazi-Zeit tätig waren, unterrichteten später in der Bundesrepublik weiter – was das Thema über die GEW hinaus

ins gesamtgesellschaftliche Interesse rückt. Der Streit ist komplex, beinhaltet mittlerweile etliche unterschiedliche Ebenen, die zunehmend vermischt werden. Das machte die GEW-Diskussion deutlich.

Es geht zum einen darum, welche Rolle eine der GEW-Vorgängerorganisationen aus Hamburg, die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ (GdF), zur NS-Zeit spielte – und um Ortmeiers und Müllers schweren Vorwurf, die GEW habe in der Bundesrepublik „Renazifizierung“ von Lehrkräften betrieben. Eine Hypothese, die die beiden aber nicht überprüft haben, es gibt also keine Belege.

Lehrkräfte in DGB geführt

Zum anderen spitzt sich ein Teil der Auseinandersetzung auf Traeger zu, der nach der Befreiung vom Faschismus mit Akzeptanz der britischen Militärregierung eine neue Lehrgewerkschaft aufbaute und diese in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) führte. Traeger war von 1947 bis 1952 erster Vorsitzender der GEW und wurde 1958 noch einmal gewählt. Er stand bis zu seinem Tod 1960 an der Spitze der Gewerkschaft. Heinrich Rodenstein, zweiter Vorsitzender der GEW, der während der Nazi-Zeit emigriert war, sorgte dafür, dass die wissenschaftliche GEW-Stiftung nach Traeger benannt wurde. Die Gründe: Traegers gewerkschaftliches Engagement beim Aufbau der GEW und sein erziehungswissenschaftliches Engagement. Diskutiert wird über Traegers Rolle während der Zeit von 1933 bis 1945: Während Ortmeier/Müller Traeger als „Mitläufer“ bezeichnen, laut Ortmeiers eigener Aussage aber nicht zu seiner Vita in dieser Zeit geforscht haben, war dieser de Lorent zufolge zwar kein Widerstandskämpfer, aber Nazi-Gegner.

De Lorent betonte in Freiburg, Traeger sei Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gewesen und nie in die NSDAP eingetreten, habe mit anderen Lehrern einen „Untergrundvorstand“ gebildet und sei 1933 von den

Nazis als Schulleiter entlassen worden. Zudem wartete der Gewerkschafter, der seit 40 Jahren zur Geschichte des Hamburger Bildungswesens zur NS-Zeit forscht, mit einem neuen Trumpf auf: Er zeigte Papiere der britischen Militärregierung und der Entnazifizierungsbehörde, denen zufolge Traeger nach Kriegsende in die „Kategorie Fünf“ eingeordnet wurde – unbelastet. „Mitläufer wäre Kategorie Vier gewesen.“ Die Kampagne Ortmeiers und Müllers basiere „auf Falschinformationen“. Ortmeier wiederholte in seiner jüngsten Publikation derweil seine Position: Als Mitglied der Deutschen Staatspartei sei Traeger 1933 an der Koalition mit der NSDAP im Hamburger Senat beteiligt gewesen. Dem NSLB habe er sich mit der GdF zu einem frühen Zeitpunkt angeschlossen, als dies erst 30 Prozent der Lehrkräfte getan hätten. Er habe nicht wie andere ein Berufsverbot bekommen und weiter unterrichten dürfen. Zudem sei er kein Aktivist gewesen und habe später nie gegen die Renazifizierung an Schulen protestiert.

Generationenkonflikt

Über Traeger debattiert die GEW auch mit dem Nachwuchs: Der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) verlangt eine Namensänderung der Max-Traeger-Stiftung, weil Traeger Opportunist gewesen und kein Vorbild sei. Der Hauptvorstand (HV), das zwischen den Gewerkschaftstagen höchste beschlussfassende, rund 70-köpfige GEW-Gremium mit Mitgliedern aus allen 16 Landesverbänden (auch des BASS) lehnte dies auf Grundlage der Forschungsergebnisse de Lorents mit überwältigender Mehrheit vorerst ab. Der HV will auch die Ergebnisse von Historikern der Universität Leipzig bewerten, die die Geschichte der GEW während und nach der NS-Zeit erforschen werden und ihre Arbeit im Herbst aufnehmen sollen*.

Bei der Diskussion in Freiburg zeigte sich derweil auch: In diesem Streit geht es um noch viel mehr. In der GEW wird über Begrifflichkeiten und Interpretati-



Foto: Kay Hirschelmann

„Traeger war kein NS-Mitläufer“, belegte Hans-Peter de Lorent, Autor der ersten wissenschaftlich fundierten Biografie über den Vorsitzenden der GEW, Max Traeger, während der Vorstellung seines Buches am Rande des Gewerkschaftstages in Freiburg mit Papieren der britischen Militärregierung und der Entnazifizierungsbehörde.

tums, das ermöglichte, Lehrkräfte zu entlassen.

Zweifel an Quellen

Darüber hinaus streiten beide Lager um korrekte wissenschaftliche Arbeitsweisen: GEW-Mitglieder, die hinter den Recherchen de Lorents stehen, warfen Ortmeier während der Veranstaltung nicht belegte „Hypothesen“ vor. Dieser hingegen zweifelt in seiner Stellungnahme die Glaubwürdigkeit der Quellen

der Biografie de Lorents an: Diese seien Einschätzungen von Freunden und Kollegen Traegers. Die GEW-Studis monierten, der Hauptvorstand habe sich vorschnell festgelegt, Traeger einen Nazi-Gegner zu nennen: „Das ist Hofberichterstattung.“ Eine offene Debatte sei so nicht mehr möglich.

Ungeachtet aller Differenzen gibt es einen Konsens, den de Lorent so formulierte: Ortmeiers Buch habe „einen wichtigen Anteil daran, dass man sich mit Max Traeger“ und der Geschichte der GEW beschäftige.

Nadine Emmerich,
freie Journalistin
Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der
„Erziehung und Wissenschaft“

*Die Historiker Detlev Brunner und Jörg-Michael Goll erarbeiten zur Zeit ein zweites Exposé zur Erforschung der Geschichte der GEW und ihrer Vorläuferorganisationen vor, während und nach der NS-Zeit. Dabei soll auch Max Traeger in den Blick genommen werden.

Hans-Peter de Lorent: Max Traeger, Biografie des ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (1887-1960), ISBN 978-3-7799-3748-7, 19,95 Euro, ab 19. Juni 2017 im Handel

-Historie

onen diskutiert: Wie definiert man Mitläufer, was genau ist ein Vorbild, wofür konkret soll Traeger Vorbild sein, ab welchen Aktivitäten kann von Widerstand gesprochen werden? An dieser Frage entzündet sich offenbar auch ein Generationenkonflikt: Während jüngere Gewerkschaftsmitglieder überzeugt sind, Widerstand sei immer möglich, verweisen Ältere mit Nachdruck darauf, dass die gesellschaftliche und politische Situation, die Zwänge einer zeitlichen Epoche, aber auch die private Situation eines Menschen für eine faire Bewertung des Einzelfalls berücksichtigt werden müssten.

Auch de Lorent betonte an die Adresse Ortmeiers gerichtet: „Ich glaube, dass der Kollege keine realistische Einschätzung der Situation hat, die 1933 bestand.“ Der frühere Gewerkschaftsvorsitzende verwies etwa auf 38,8 Prozent Stimmen für die NSDAP, die damit klar stärkste Partei im Parlament war, Verhaftungen von Abgeordneten der Kommunistischen Partei, Verfolgung von SPD-Mitgliedern, Sturm auf Gewerkschaftshäuser. Plus das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-

Leserbrief (E&W 05/2017, S. 25 f.: „Gegner des Nationalsozialismus“)

Wissenschaftliche Aufarbeitung? Oder: Wird die GEW dem Anspruch einer Bildungsgewerkschaft gerecht? Der Streit über den ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger ist – erneut – eröffnet. Die GEW unterscheidet sich hier nicht von anderen gesellschaftlichen und politischen Akteuren der Nachkriegsgeschichte. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war lange Zeit von Verleugnen, Verschweigen und Verdrängen geprägt. Das trifft auch auf die GEW zu, die diese Debatte viel zu lange nicht offen genug geführt hat. Genau das sollten wir jetzt aber unbedingt tun: die Diskussion offen führen. Es stünde uns als einer Gewerkschaft, die die Wissenschaft in ihrem Namen führt, gut an, in der Debatte weder zu vorschnellen Verurteilungen, noch zu vorschnellen Exkulpationen zu greifen. Letzteres geschieht aber im Artikel von Hans-Peter de Lorent. Noch bevor dessen Studie dem Fachpublikum vorliegt, wird Traeger als „Gegner des Nationalsozialismus“ porträtiert. Mehr noch: De Lorent begnügt sich nicht mit einer nüchternen Darstellung vermeintlicher Fakten, er bringt in die Debatte auch justiziable Begriffe ein. Es sei „ehrschneidend“, Traeger eine Nähe zum Nationalsozialismus zu unterstellen. Zu versuchen, die Debatte auf diese Weise zu führen, ist enttäuschend. Wir sollten gerade als Bildungsgewerkschaft die Größe haben, uns reflektiert und selbstkritisch unserer historischen Verantwortung zu stellen und eine wissenschaftliche Aufklärung zu betreiben, die diesen Namen auch verdient.

Florian Beer, Gelsenkirchen



Die Köpfe der Hydra

// Gefahr im Netz: Natürlich muss man Jugendliche vor rechtsextremen Köderstrategien besser schützen. Doch die Verpflichtung, Hetz-Seiten im Internet zu löschen, sollte nicht die einzige Strategie sein. //

Im Spot der „Identitären Bewegung“ ist viel von „Ihr“ und „Wir“ die Rede. Abgrenzung, das wissen die modernen Rechten, funktioniert bei jungen Menschen unabhängig von ihrer politischen Gesinnung. Und so bekommt der vermeintliche „Gutmenschen-Mainstream“ den Spiegel vorgehalten. „Ihr verhängt Denk- und Sprachverbote“, sagt ein bärtiger Jugendlicher und eine Gleichaltrige sekundiert, man werde gezwungen, „das Fremde zu lieben“. „Wir aber wollen eine Zukunft für uns und unsere Kinder.“ Die Protagonisten solcher Netz-Tiraden würden mit ihrem Outfit und ihrem Habitus prima in jeden Großstadt-Club und jede Szenekneipe passen. Kein Wunder also, dass für die Internet-Rechten der Begriff des „Nips-ter“ die Runde macht, eine Kreuzung aus den Worten „Nazi“ und „Hipster“. Auch die NPD setzt auf die neuen Medien. Auf „Deutsche Stimme TV“ hat die Redakteurin Emma Stabel eine „musikalische Satire“ mit dem Titel „So kommt von so was“ hochgeladen, in der es zu eingängigen Tönen zur Sache geht:

„Gestern am Bahnhof noch geklatscht, heute vom LKW zermatscht“, singt ein bärtiger Nazi-Aktivist. Der Song wurde wenige Tage nach dem Attentat vom Breitscheidplatz in Berlin hochgeladen und seither tausendfach angeklickt.

Tausendfach angeklickt

Billig produziert, schnell hochgeladen und im Idealfall viele Tausend Mal geklickt – die Agitation im Netz ist bestechend einfach und im Idealfall ungeheuer effizient. Dass vermeintliche Informationen aus dem Internet für bare Münze genommen werden, ist ein globales Phänomen in allen Altersgruppen. Doch es ist auch eines, von dem Jugendliche besonders betroffen sind. „Junge Menschen sind – bei aller Medienkompetenz – oft wenig in der Lage, politische Informationen einzuordnen“, weiß Titus Simon, emeritierter Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal. „Auch bei Gymnasiasten kommt es oft vor, dass man ihnen einen Rechercheauftrag gibt und sie gar nicht merken, dass sie ihre Erkenntnisse über rechte Portale gewonnen haben.“ In die Top Ten der weltweit am meisten verbreiteten Fake News schafften es dann auch Meldungen, laut denen die Polizei die „Leichen von 19 weißen Frauen in Tiefkühltruhen gefunden“ habe, „denen ‚Black Lives Matter‘ in

die Haut geritzt wurde“. Diese Meldung hatte über 520 000 Engagements (z. B. „Likes“) auf Facebook*. „Falschmeldungen werden gezielt lanciert, um Hass zu schüren“, berichtet Stefan Glaser, stellvertretender Leiter von jugendschutz.net, einer länderübergreifenden Meldestelle für Jugendschutzverstöße im Internet, die das Bundesfamilienministerium finanziert. „Wichtig ist, dass Inhalte im Internet hinterfragt und überprüft und nicht einfach unkritisch weitergepostet werden.“ Deshalb habe jugendschutz.net unter dem Schlagwort „Achtung Hinterhalt“ Tipps für den Umgang mit Fake News zusammengestellt.

Vergangenes Jahr ist jugendschutz.net gegen 1 678 rechtsextreme Angebote vorgegangen, von denen die Mitarbeiter 94 Prozent bei Facebook, YouTube und Twitter festgestellt haben. „Bei Online-Inhalten, die absolut unzulässig oder für Kinder und Jugendliche ungeeignet sind“, werde man aktiv. Dazu zählten die Leugnung des Holocaust, aber auch Gewaltvideos oder Links auf indizierte Angebote. Doch die Bereitschaft zu handeln sei unterschiedlich stark ausgeprägt, so Glaser. Während das Video-Portal YouTube 90 Prozent der strafbaren Inhalte lösche, seien es bei Facebook nur 39 Prozent und bei Twitter lediglich ein Prozent. „Wichtig wäre, dass illegale Inhalte, die bekannt

sind, nicht erneut hochgeladen werden können“, fordert der Jugendschutzexperte, der sich allerdings über eine gestiegene Sensibilität der Zivilbevölkerung freut. Im Vergleich zu 2014 habe man 2016 aus der Bevölkerung doppelt so viele Hinweise auf strafbare Propaganda im Netz erhalten.

„Hip und modern“

„Rechte Propaganda, die sich speziell an Jugendliche richtet, hat leider eine längere Tradition“, berichtet der Berliner Rechtsextremismus-Forscher Robert Claus und verweist auf die „Schulhof-CD“ der NPD von 2004. Es sei also „konsequent, dass extrem Rechte auch die Sozialen Medien nutzen, um Jugendliche anzusprechen“. Dies geschehe meist „mit einer Angebots-Mischung aus Identitätsfindung und Event- bzw. Erlebniskultur“. Man wolle „hip und modern“ wirken. „Aber dahinter verbergen sich zutiefst reaktionäre Vorstellungen von Gemeinschaft und Ordnung, Nation und Geschlecht“, sagt Claus, der darin den „widersprüchlichen Versuch“ sieht, „sich auf moderne Art und Weise als Alternative zur Moderne darzustellen, dabei gegen Migration und Emanzipation von Frauen und Homosexuellen zu agitieren“.

Längst ist auch die Politik alarmiert. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will die sozialen Netzwerke verpflichten, Hassbotschaften im Netz konsequenter zu entfernen. Offenkundig strafbare Inhalte sollen innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden. Unter Androhung empfindlicher Geldstrafen von bis zu 50 Millionen Euro will der Justizminister Druck auf die Internetkonzerne ausüben, geltendes Recht umzusetzen. „Die Meinungsfreiheit endet, wo das Strafrecht beginnt“, hält Maas fest. Genauso sieht es auch die grüne Bundestagsabgeordnete und Rechtsextremismus-Expertin Monika Lazar: „Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wenn dort strafrechtlich relevante Inhalte geäußert werden, etwa

Volksverhetzung oder Holocaustleugnung, sind diese anzuzeigen und zu löschen.“ Posts, „die zwar widerwärtig, aber nicht verboten sind“, seien allerdings von der Meinungsfreiheit gedeckt. „Ein repressiver Umgang damit ist der falsche Ansatz“, fügt Lazar hinzu. Es gelte vielmehr, die Medienkompetenz der Jugendlichen zu fördern, „damit sie rechte Propaganda erkennen, ihren menschenverachtenden Gehalt richtig einordnen können und für demokratische Werte einzustehen lernen“.

Experten halten es sowieso nicht für möglich, dass man in der global vernetzten Informationsgesellschaft nachhaltig dafür sorgen könne, gelöschte Posts nicht einfach über andere Server wieder hochzuladen. Das russische Netzwerk „VK“ oder der US-Dienst „Tumblr“ gelten beispielsweise als Eldorado für härteste Nazi-Propaganda. „Bei gut 8 000 rechtsextremen Seiten im Netz wachsen der Hydra vier von sieben Köpfen nach, wenn man einen abschlägt“, gibt Simon zu bedenken, der das allerdings nicht als „wohlfeiles, aber unverbindliches Bekenntnis zu mehr Bildung“ verstanden wissen will. „Wichtig wäre eine Medienpädagogik, die schon in der Kita beginnt und auf Nachhaltigkeit angelegt ist.“ Diese Ansicht teilt auch Claus, der in diesem Punkt ebenso Handlungsbedarf in der Zivilgesellschaft sieht. „Auch demokratische Akteure müssen immer mit der Zeit gehen. Im Kontext Sozialer Medien heißt das vor allem, interaktive, digitale Angebote weiter auszubauen und eigene Präventionsprojekte noch stärker medial und digital zu begleiten.“

Christoph Ruf,
freier Journalist

***www.giga.de/unternehmen/
facebook/news/top-10-das-waren-
2016-die-viralsten-fake-news-auf-
facebook. Zahlen vom Analysetool
„Buzzsumo“**



**Hunger in Afrika
Jetzt spenden!**

In Afrika bedrohen Hunger und Dürre das Leben von Millionen Menschen. Zahllose Kinder sind akut unterernährt und dringend auf Hilfe angewiesen. Aktion Deutschland Hilft leistet Nothilfe – mit Nahrungsmitteln, Trinkwasser und hochkalorischer Zusatznahrung. **Helfen Sie uns Leben retten – jetzt mit Ihrer Spende!**

Spendenkonto: DE62 3702 0500 0000 1020 30
Stichwort: Hunger in Afrika
Online unter: www.Aktion-Deutschland-Hilft.de



fORSCHER WERKSTATT 0211 179270-60 **Hagemann** seit 1929

Lebende Tiere beobachten!

- Zuchtset Schmetterlinge, kompakt Art.-Nr. 80008 **29,95** ✓ mit extra viel Zubehör ✓ Lieferung zum Wunschtermin
- Zuchtset Marienkäfer Art.-Nr. 80041 **29,95**
- 300 AHA-Effekt-Produkte**
- lassen sich stapeln **3,75**
- je **7,90**
- 300 AHA-Effekt-Produkte**
- tanzt, sinkt und schwingt **13,90**
- je **1,95**

alle Produkte unter www.hagemann.de 10,00 € Gutschein*

* Code: EW1704 · Mindestbestellwert 30,- € · gültig bis 31.06.2017

Ein besonderer Markt

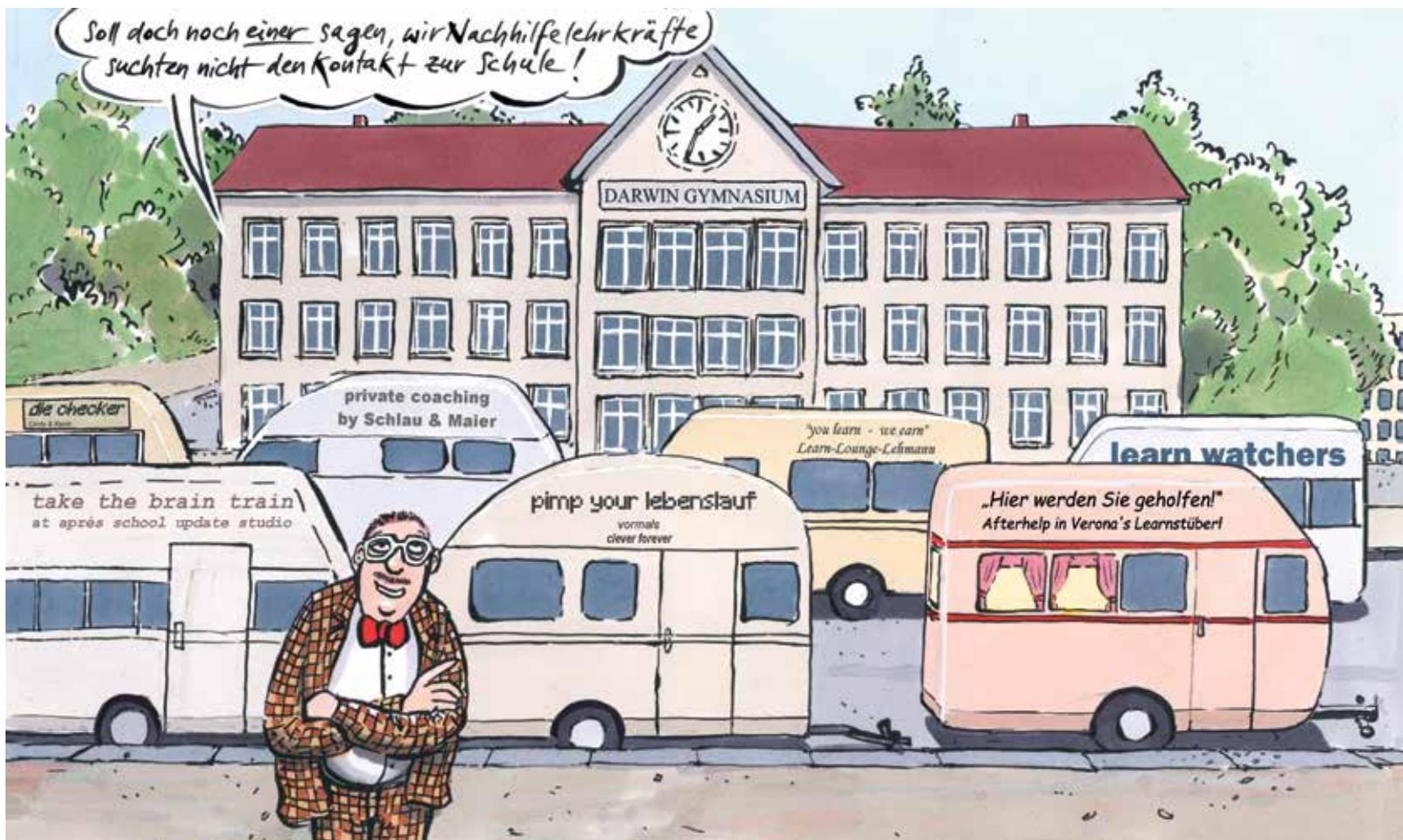
// Kommerzielle Nachhilfe vergrößert die soziale Spaltung im Bildungswesen. Das untermauert eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Blick auf einen wild wuchernden Markt. //

„Das ist ein Witz“, urteilt Rolf Dobischat, Bildungsforscher an der Universität Duisburg-Essen. Der Professor bezieht sich auf das Angebot der Berliner oppia GmbH. Die bildet zum „Geprüften Nachhilfelehrer“ aus, an „zirka zwei Wochenenden“. Das Angebot richtet sich an Jugendliche, die älter als 18 Jahre sind, die studieren oder einen Hochschulabschluss haben. Kosten des Online-Kurses: 39 Euro. Dobischat bezweifelt, dass man auf diese Weise Lehrkraft werden kann. Die oppia GmbH ist nur eine von vielen Blüten, die im wild wuchernden Garten

des deutschen Nachhilfemarktes wachsen (s. Kasten S. 35). Eine Studie der HBS, die Dobischat mit zwei Co-Autoren verfasst hat*, kommt zu dem Schluss: Über die Qualität der Nachhilfe-Anbieter gebe es lediglich „schwache und unzureichende Befunde“. Ein Teil der Branche lasse sich zwar von externen Prüfern zertifizieren, etwa vom „TÜV Nord“. Doch 70 Prozent der Anbieter könnten kein Zertifikat vorweisen.

Und welche Eltern nehmen Nachhilfe für ihre Kinder überhaupt in Anspruch? Die Dobischat-Studie stellt fest, „dass mit der Höhe des Einkommens die Nachhilfequote steigt“. Kindern aus ärmeren Bevölkerungsschichten sei es „seltener möglich, auf Nachhilfe zurückzugreifen“ – trotz des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung, das einkommensschwache Familien

unterstützen soll. Denn die Behörden schütteten Gelder aus diesem Paket „restriktiv“ aus, so Dobischat. Nachhilfe werde „faktisch nur gefördert, wenn eine Versetzung gefährdet ist“. Außerdem gelte: Je höher das Bildungsniveau der Eltern, desto mehr klettert die Nachhilfequote nach oben. Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien zeigten sich auch hier „als besonders benachteiligte Gruppe“. Denn für Einwandererfamilien gelte: Einkommen und Bildungsniveau fallen im Schnitt deutlich niedriger aus. Zu den Arbeitsbedingungen und zur Qualifikation der hier Tätigen vermisst der Essener Bildungsforscher „fundierte empirische Daten“. Besonders überrascht habe ihn, „dass der überwiegende Anteil der Nachhilfelehrkräfte nur wenig Kontakt zu Schule sucht“. Das ist nach Ansicht



Dobischats der Beleg, „dass es sich um zwei Welten handelt“.

Der Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen e. V. (VNN) widerspricht Dobischats Befunden. Die Wirksamkeit von Nachhilfe sei durch „verschiedene Untersuchungen und Studien“ empirisch belegt, versichert Cornelia Sussieck, Vorsitzende des VNN. Der Verband habe zudem Qualitätsstandards erarbeitet. So nehme er keine Einrichtungen auf, die Schüler oder Nichtakademiker beschäftigen. „Keinerlei Qualitätsnormen“ bestünden hingegen auf dem Schwarzmarkt. Dass viele Nachhilfe-Anbieter auf eine externe Begutachtung verzichten, habe einen Grund: „Die Zertifizierung ist zu teuer“, erklärt Sussieck. Der VNN fordert zudem, dass Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bereits dann fließen, wenn „Eltern und Fachlehrkräfte öffentlicher Schulen eine individuelle Förderung für sinnvoll erachten“. Und wie sieht es mit der Bezahlung aus? Das Honorar einer freiberuflichen Nachhilfekraft beträgt nach Angaben Sussiecks zwischen zehn und 15 Euro pro 45 Minuten. Das seien 13,30 bis 20 Euro pro 60 Minuten. Der Arbeitsumfang sei abhängig „vom Bedarf“ und „von der Zeit des freien Mitarbeiters“, so die VNN-Chefin. Sie schätzt, dass 95 Prozent aller Frauen und Männer in der Nachhilfe nebenberuflich arbeiten. Die „institutionelle Nachhilfe“ sei zudem keine Parallelwelt, sondern „fester Bestandteil des Bildungssystems“. Nachhilfesuchen suchten „Kontakt und Austausch mit den Fachlehrkräften“, versichert Sussieck.

Ortstermin beim „Studienkreis“ in Neuss bei Düsseldorf. Eine knarrende Holztreppe führt in die oberen Etagen des Altbaus. Eine Frau bringt ihre Tochter, zwei Jungen sitzen wartend im Flur, das Telefon klingelt. „Richtig viel Rummel hier“, lacht Gerhard Leibl, Leiter des Neusser Instituts. 257 Mädchen und Jungen erhalten hier derzeit Zusatzunterricht. In der zweiten Etage beginnt Deutsch-Nachhilfe. „Heute haben wir mit der Lektüre von ‚Kleider machen Leute‘ weitergemacht“, berichtet Nadia, eine 14-jährige Gymnasiastin. Die Handlung der Gottfried-Keller-Novelle zu verstehen, fällt ihr nicht leicht. Unterdessen brütet die 16-jährige Emay-

ma über dem Drama „Andorra“ von Max Frisch. „Was heißt, ich weißle das Haus meines Vaters?“, will die Gymnasiastin wissen. „Weißeln bedeutet anmalen oder anstreichen“, erklärt Margret Dammer. Die 64-jährige ehemalige Lehrerin arbeitet seit 15 Jahren beim Nachhilfe-Anbieter.

Auch dieses Institut beschäftigt keine Jugendlichen. „Es muss ein Fachstudium für das Unterrichtsfach vorliegen“, betont Max Kade, Pädagogischer Leiter in der „Studienkreis“-Zentrale. Das Unternehmen bietet zudem für seine Nachhilfekräfte eine kostenlose Online-Fortbildung, die aus sieben Modulen besteht. „Ein Modul zu bearbeiten, dauert etwa zwei Stunden“, sagt Kade. Macht zusammen rund 14 Stunden Fortbildung. „Dann folgt ein Abschlusstest, ebenfalls online.“ Längst erteilt der Anbieter Nachhilfe auch per Internet und Skype. Etwa als „eine Art Nothilfe“, bei kurzfristigen Anfragen von Schülerinnen und Schülern, die vor einer Klausur stehen. Oder für Einzel-Nachhilfe. „Der Online-Unterricht wächst in seiner Bedeutung“, so Kade.

Melih Göbel ist Vater einer 15-jährigen Gesamtschülerin, die beim Neusser „Studienkreis“ Nachhilfe in drei Fächern erhält, in Deutsch, Mathematik und Englisch. Seine Tochter komme dreimal pro Woche zum Zusatzunterricht. „Vorher hat sie Dreien geschrieben. Jetzt schreibt sie Zwei oder Eins.“ Der 54-Jährige berichtet, dass er für Nachhilfe pro Monat 174 Euro zahlt. „Das ist eine Menge Geld. Aber für meine Tochter ist es das wert.“

Bedarf wird geweckt

Die Dobischat-Studie verweist darauf, dass auch die Nachhilfebranche den Marktgesetzen unterliege: Ab einem gewissen Punkt sei „der strukturell induzierte Bedarf gesättigt“. Die Anbieter seien also darauf angewiesen, den Bedarf „auch dort zu wecken, wo er objektiv nicht gegeben ist“. Sie zielten darauf, „eine Kultur zu schaffen, in der Nachhilfe individuelle Bildungsbiografien ganz selbstverständlich flankiert“. Die allgegenwärtige Werbung großer Nachhilfeketten in den Medien und im Straßenbild zeige, dass dieser Weg längst beschritten ist.

Jährlich vier Milliarden Euro

Eltern geben jährlich vier Milliarden Euro für private Nachhilfe aus, so die aktuelle Nachhilfe-Studie der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). Davon fließen 2,5 bis drei Milliarden Euro an Anbieter, die auf dem Schwarzmarkt tätig sind. Der Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen (VNN) e. V. schätzt, dass etwa 50 000 Frauen und Männer in der Branche arbeiten. Hinzu kommen 700 000 Menschen, die als Privatpersonen, zumeist am Fiskus vorbei, Nachhilfe erteilen. Zu den größten Anbietern zählen die Studienkreis-Gruppe in Bochum und die ZGS Bildungs-GmbH („Schülerhilfe“) in Gelsenkirchen. Zu ihnen gehören jeweils rund 1 000 Nachhilfe-Einrichtungen, die teilweise im Franchise-System – wie McDonald’s oder Tchibo – betrieben werden. Studienkreis und ZGS Bildungs-GmbH sind im Besitz von Finanzinvestoren. M. H.-L.

Kritik übt auch Ilka Hoffmann, GEW-Vorstandsmitglied Schule: Nachhilfe werde „vor allem von denjenigen genutzt, die es sich leisten können“. Sie spricht von „schleichender Privatisierung“. Das verstärke „die soziale Schieflage des Bildungssystems“. Um den Trend zu stoppen, fordert Hoffmann deutlich mehr personelle Mittel für öffentliche Schulen. „Auch der Ganztags muss professioneller und qualitativ besser aufgestellt sein.“ Die GEW-Schulexpertin stellt klar: „Gerade Schulen mit großen sozialen Herausforderungen müssen besonders gut und mit den pädagogisch profiliertesten Lehrkräften ausgestattet werden.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

***Birkelbach, Klaus / Dobischat, Rolf / Dobischat, Birte: „Außerschulische Nachhilfe. Ein prosperierender Bildungsmarkt im Spannungsfeld zwischen kommerziellen und öffentlichen Interessen“, Studie der Hans-Böckler-Stiftung, 2016, 186 Seiten**

„... eine Einzelfallabwägung“



Foto: BAMF / A. Salzmann

Jutta Cordt, die neue Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

// Seit dem 1. Februar ist die Juristin Jutta Cordt Präsidentin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im E&W-Interview äußert sie sich auch zur Kritik an der Praxis des Asylverfahrens. //

E&W: In der Bundesagentur für Arbeit (BA), Ihrer früheren Behörde, werden Arbeitsuchende als „Kunden“ angesprochen. Wie schaut das BAMF auf Asylsuchende?

Jutta Cordt: Die Bundesagentur hat diesen Begriff gewählt, um sich als Dienstleister zu präsentieren mit dem Anspruch, das Bestmögliche zu machen. Beim BAMF nennen wir die Menschen, die zu uns kommen, zwar nicht „Kunden“, wir haben aber den gleichen

hohen Anspruch, dem Einzelnen gerecht zu werden. Ich erlebe die Kolleginnen und Kollegen als sehr engagiert, sich ihrer Verantwortung bewusst und menschlich.

E&W: Aktuell macht der Fall eines rechtsextremen Bundeswehroffiziers Furore, der von Ihrer Behörde als syrischer Flüchtling anerkannt wurde. Wie hat es dazu kommen können (s. „Diesmal“, S. 48)?

Cordt: Um dies in allen Einzelheiten zu klären, wird gegenwärtig noch intensiv ermittelt. Bis jetzt deuten die Erkenntnisse aber darauf hin, dass in diesem Verfahren eklatante Fehler in allen Schritten des Asylverfahrens gemacht wurden. Der Fall Franco A. zeigt uns, dass der bereits eingeschlagene Weg, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter kontinuierlich weiter zu schulen und ihnen moderne Hilfen zur Identitätsfeststellung zur Verfügung zu stellen, der richtige ist.

E&W: Die Bundesregierung hat das geltende Recht seit Oktober 2015 mit mehreren „Asylpaketen“ verschärft. Wie wirkt sich das auf Ihre Arbeit aus?

Cordt: Ich würde nicht von einer Verschärfung sprechen. Das Anliegen der zahlreichen gesetzlichen Änderungen war, die Arbeit der unterschiedlichen Akteure zu verbessern und dabei auch dem deutschen Sicherheitsinteresse Rechnung zu tragen. Es geht zum Beispiel um die Frage: Wie können all die Behörden, die im Asylverfahren tätig sind, auf einen gemeinsamen Datensatz zugreifen, um Doppelidentitäten von Asylsuchenden zu vermeiden?

E&W: Das „Asylpaket II“ von März 2016 besagt unter anderem, dass psychische Erkrankungen kein Abschiebehindernis mehr sind ...

Cordt: Das Abschiebethema betrifft die Ausländerbehörden der Länder und Kommunen, da bin ich als Präsidentin des Bundesamtes die falsche Ansprechpartnerin. Ich verantworte das Asylverfahren, und da geht es um die Frage: Wie kann ich den Menschen gerecht werden, ein zügiges und gerechtes Asylverfahren zu gewährleisten, so wie sie es zu Recht von Deutschland erwarten? Hier hat es im vorigen Jahr viele Qualitätsverbesserungen gegeben mit Blick auf Verfahrensdauer, Sorgfalt und Rechtssicherheit. Noch nie haben Bund und Länder so intensiv zusammengearbeitet.

E&W: Wenn Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagt, es gebe sichere Zonen in Afghanistan, und der Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) feststellt, dass es dort immer unsicherer wird – welche Einschätzung ist dann für Sie maßgeblich?

Cordt: Wir haben für jedes Land – das gehört auch zur Qualitätssicherung – sogenannte Herkunftsländerleitsätze. Dort sind alle Informationen zu den einzelnen Ländern zusammengetra-

gen. In diesen werden alle Erkenntnisse und Lageberichte, beispielsweise des Auswärtigen Amtes aber auch von zwischenstaatlichen oder Nichtregierungsorganisationen zur aktuellen Lage im Land dargestellt. Diese Leitsätze werden regelmäßig aktualisiert. Damit geben wir denjenigen, die im Anhörungs- und Entscheidungsverfahren zuständig sind, eine sichere Grundlage. Davon ausgehend, entscheiden wir über jeden Fall individuell. Es ist immer eine Einzelfallabwägung.

E&W: Was unterscheidet einen Asylbewerber aus Afghanistan von einem aus dem Irak oder Syrien? In all diesen Ländern herrscht Krieg.

Cordt: Es kommt nicht allein darauf an, sondern auch auf das persönliche Schicksal. Gerade in Afghanistan ist es komplexer, weil sich die Situation dort anders darstellt als etwa in Syrien, wo es aktuell keine inländischen Fluchtalternativen gibt.

E&W: Ende 2016 haben zwölf Hilfsorganisationen in einem gemeinsamen Memorandum „strukturelle Mängel im

Kritik am Asylverfahren

Unter dem Titel „Memorandum für faire und sorgfältige Asylverfahren in Deutschland“ haben zwölf Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen, darunter Pro Asyl, Caritas, Diakonie und Amnesty International, im November 2016 ein gemeinsames Gutachten veröffentlicht (www.proasyl.de). Kritikpunkte sind eine mangelhafte Information der Bewerber über das Verfahren, mangelhafte Übersetzerleistungen und Sachverhaltsaufklärung durch die Behörde sowie, daraus folgend, unstimmige Bescheide.

W. D.

Asylverfahren“ gerügt. Haben Sie Konsequenzen gezogen?

Cordt: Wir nehmen jede Kritik ernst. Wir schauen immer: Was können wir besser machen? Allein mit „Pro Asyl“, einer der Organisationen, die das Memorandum verfasst haben, habe ich seit meinem Amtsantritt schon drei Gespräche geführt. Wir haben auch Veränderungen vorgenommen. Ein Kritikpunkt etwa war die Trennung von Anhörung und Entscheidung. Wir sind dabei, wo möglich, diese beiden Verfahrensteile wieder zusammenzuführen. Wir haben auch die Kritik aufgegriffen, dass es keine sorgfältige Verfahrensberatung für Asylbewerber gebe. Wir prüfen jetzt in einem Pilotprojekt Möglichkeiten, hier Abhilfe zu schaffen. Allerdings: Im Memorandum werden 106 Fälle genannt – von 700 000, über die im vorigen Jahr entschieden wurde.

Interview: Winfried Dolderer,
Publizist und Historiker

STAMM Verlag
E&W
Verlagsreisen

Cézanne-Ausstellung in Karlsruhe Stilleben, Porträts und lichte Landschaften

03.11. - 05.11.2017 – 3-tägige Kulturreise

ab € 335,-
p. P. im Doppelzimmer
EZ-Zuschlag € 70,- p. P.



Paul Cézanne (1839-1906) hat als Maler, Zeichner und Aquarellist ein überaus facettenreiches Werk geschaffen. Aufgrund seiner Tendenz zur Abstraktion der Bildelemente gilt er als wichtiger Wegbereiter der Moderne; er selbst hatte jedoch den Anspruch, die Malerei auf Grundlage der klassischen Kunst zu erneuern. Die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe zeigt als Höhepunkt ihres Winterprogramms „Cézanne – Metamorphosen“ – eine große Sonderausstellung des Landes Baden-Württemberg. Die Ausstellung wirft einen neuen Blick auf Cézannes lichte Landschaften, seine Badenden, Porträts und Stillleben. Die Schau zeigt das Malen als einen faszinierenden Prozess der Verwandlung der wahrgenommenen Natur in ein Gefüge farbiger Bildelemente. Zahlreiche hochrangige Leihgaben aus internationalen Sammlungen werden in Karlsruhe zu sehen sein, darunter Werke aus dem Museum of Modern Art in New York, dem Musée d'Orsay in Paris, dem Puschkina Museum in Moskau und dem Museo Thyssen-Bornemisza in Madrid.

Das beinhaltet unsere Reise

- Bahnreise ab/bis gewünschtem Abfahrtsort (2. Klasse) nach Karlsruhe und zurück (bis 400 km, darüber hinaus zzgl. € 50,- p. P.)
- 2 Übernachtungen inklusive Frühstück im Leonardo Hotel Karlsruhe (****), oder gleichwertig
- Stadtführung Karlsruhe
- Eintritt Staatliche Kunsthalle Karlsruhe inkl. Führung
- Eintritt Badisches Landesmuseum im Schloss Karlsruhe inkl. Führung
- ts | medialog-Reisebegleitung (ab 20 Teilnehmern)

Wunscheleistungen

- 2 x Abendessen im Hotel € 44,- p. P.
- Zuschlag 1. Klasse bei Bahnentfernung bis 400 km € 49,- p. P. darüber hinaus € 80,- p. P.
- Sitzplatzreservierung (Bahnhin- und Rückfahrt) € 10,- p. P.

Unterkunft

Leonardo Hotel Karlsruhe (**)**
Im Leonardo Hotel wohnen Sie gegenüber dem Stadtpark mit dem Karlsruher Zoo. Die Zimmer sind alle mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, sowie TV und Radio ausgestattet. Das Frühstück und das Abendessen wird Ihnen im Restaurant Scala serviert. Das Boulevard Café und die Bar Elio laden mit Getränken zum Verweilen ein.

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen

Informationen und Buchung 0521 / 96768-0

Veranstalter: ts | medialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld



Zu Gast bei den Bildungsbaustellen NRW

// Mit dem Zug quer durchs Land, den Blick immer Richtung Bildung: GEW-Vorsitzende Marlis Tepe ist in diesen Monaten in der gesamten Republik unterwegs (s. E&W 5/2017). Diesmal ging die Tour durch Nordrhein-Westfalen (NRW) – gemeinsam mit der Landesvorsitzenden Dorothea Schäfer. Beide Gewerkschafterinnen erkundeten vor Ort, welche Themen den Beschäftigten in Kitas, Schulen und Hochschulen gerade auf den Nägeln brennen. //

Der Besuch in NRW ist bildungspolitisch eher ein Heimspiel. Die grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann unterstützt die globale Bildungskampagne*, für die sich die Bildungsgewerkschaft stark macht. „Dass fast 60 Millionen Kinder weltweit nicht zur Schule gehen, muss sich ändern“, sagt Löhrmann beim GEW-Gespräch im Düsseldorfer Landtag.

Kennedy als Kronzeuge

Dort wirbt Tepe auch für die GEW-Kampagne „Bildung. Weiter denken!“**, die sich für bessere Bedingungen in den Bildungseinrichtungen und mehr Bildungsausgaben einsetzt. „Ich muss da immer an den Kennedy-Spruch denken: ‚Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung – keine Bildung‘“, betont Tepe. Sie fordert einen radikalen Richtungswech-

sel in der Bildungspolitik: „Deutschland braucht mehr und bessere Bildung für alle Menschen. Das geht nur mit zusätzlichem Personal in Kitas, Schulen, Hochschulen und der Weiterbildung.“ Zusätzlich müsse dringend in die marode Infrastruktur der Schulen und Hochschulen investiert werden – samt Ausbau der Ganztagsangebote und der Inklusion. Der Bedarf sei riesig: 3,5 Milliarden Euro pro Jahr, um die Schulen zu sanieren, eine weitere Milliarde für die Hochschulen – und das über einen Zeitraum von zehn Jahren. Kritische Rückfrage in der Landespresskonferenz: Wer solle das denn alles

bezahlen? „Wer sich für Bildungspolitik interessiert, darf eben nicht nur diesen Teil der Wahlprogramme lesen“, antwortet die GEW-Chefin, „genauso wichtig ist der Blick in die Steuerkonzepte“. Wenn Deutschland so viel Geld für Bildung ausgabe wie im Schnitt andere Industrienationen, wären die Vorschläge der Bildungsgewerkschaft problemlos zu finanzieren.

Zu diesen Forderungen gehört auch, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern abzuschaffen – diesen „bildungspolitischen Hemmschuh“ spricht Tepe an diesem Tag in NRW in fast jeder



In der Landespressekonferenz in Düsseldorf forderten GEW-Chefin Marlis Tepe und Landesvorsitzende Dorothea Schäfer einen radikalen Kurswechsel in der Bildungspolitik: „Deutschland braucht mehr und bessere Bildung für alle Menschen – und dafür auch mehr Personal.“

Begegnung an. „Bildung ist die wichtigste Ressource unseres Landes“, ergänzt GEW-NRW-Chefin Schäfer.

Zwischen den Terminen mit Politikern und Bildungspraktikern nutzen Tepe und Schäfer die Zeit im Intercity, um ihre Erfahrungen an diesem Tag mit den GEW-Forderungen abzugleichen. Denn NRW bietet als bevölkerungsreichstes Bundesland mit zahlreichen Schulen und Kitas und der dichtesten Hochschullandschaft Europas quasi Bildungspolitik unter dem Brennglas.

Eine der größten Baustellen: die dramatische Situation vieler Nachwuchsforscherinnen und -forscher an den Hochschulen, dazu ein sich immer weiter verschlechterndes Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden. Gewerkschafter an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster schildern ihre Erfahrungen: „Trotz der Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) im vergangenen Jahr (E&W berichtete) sind prekäre Arbeitsverhältnisse immer noch unser hauptsächliches Problem“, berichten etwa die Personalräte Detlef Berntzen und Karl-Ludwig Mischke. In Münster seien über 90 Prozent der Stellen im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses befristet. „Wir müssen runter von dieser absurd hohen Zahl von Befristungen“, sagt Berntzen.

Tepe nickt, die Zahlen decken sich mit denen des Bundesberichts wissenschaftlicher Nachwuchs vom Februar (BuWin, E&W berichtete): „Der Bund darf sich nicht länger aus der Verantwortung stehlen“, mahnt die GEW-Vorsitzende und verlangt eine „Entfristungsoffensive“: „Bundesweit brauchen wir 50 000

zusätzliche entfristete Stellen im akademischen Mittelbau – damit Daueraufgaben auch auf Dauerstellen erledigt werden.“ Ins Hochschulreform-Paket gehören nach Ansicht der GEW außerdem 5 000 zusätzliche Tenure-Track-Professuren an den Unis und weitere 500 an den Fachhochschulen – nicht nur um die Karrierechancen für den Nachwuchs zu verbessern, sondern auch, um die Betreuungsrelation und die Lehrqualität nachhaltig zu sichern.

Konflikte mit Rektorat

Dabei sind die Gewerkschafter gar nicht grundsätzlich gegen Befristungen: „Wenn es um Qualifikationen wie eine Promotion geht, ist das in Ordnung“, meinen die Personalräte. Aber dann, bitteschön, auch für die Dauer des Projekts – und nicht in kleinen Vertragshäppchen von einem Jahr hier und einem halben Jahr da. Als der Personalrat der Universität in Münster seit Anfang April rund zwei Dutzend Stellenausschreibungen, mit denen promovierbare Wissenschaftler gesetzeswidrig als Hilfskräfte eingestellt werden sollten, mit Verweis auf das WissZeitVG blockierte, stellte ihn die Hochschulleitung als Buhmann hin, der mit seiner Arbeit Promotionen verhindere. Doch es gab auch starken Zuspruch: „Scheinheilig“ nannte ein Hochschullehrer das Rektorat, das zum einen zum „March for Science“ (s. E&W 5/2017) und damit für die Freiheit der Wissenschaft aufgerufen habe, zum anderen aber in großem Umfang prekäre Beschäftigungsverhältnisse zulasse.

Dass auf den Personalrat an der Münsteraner Hochschule nach wie vor nicht

Bundesweite GEW-Initiative

Die Tour „GEW in Bildung unterwegs“ ist Teil der bundesweiten Initiative „Bildung. Weiter denken!“, mit der sich die Gewerkschaft für die Öffentlichkeit für mehr Geld in der Bildung stark macht – unterstützt durch ein breites Bündnis gesellschaftlicher Organisationen. Flankiert werden die GEW-Aktivitäten – kurz vor der Bundestagswahl – von einem Appell Prominenter aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur, die von Bund und Ländern ein stärkeres Engagement im Bildungsbereich einfordern (s. Beihemer in E&W 5/2017).

zu verzichten ist, zeigte sich bei einem anderen Streitpunkt: Weil die Universität eine neue Personalkategorie für „Studenten mit Bachelor-Abschluss“ einführte, die nirgendwo vorgesehen und tarifiert ist, haben die Personalvertreter das Verwaltungsgericht angerufen. Klar, dass die Stimmung zwischen Rektorat und Gewerkschaftern derzeit nicht die beste ist. „Respekt“, sagt Gewerkschafterin Tepe anerkennend, „ihr müsst da bestimmt ganz schön was einstecken.“ Berntzen nickt. Und erwidert dann voller Überzeugung: „Aber es lohnt sich.“

Armin Himmelrath,
freier Journalist

[*www.gew.de/internationales/globale-bildungskampagne](http://www.gew.de/internationales/globale-bildungskampagne)
[**www.gew.de/weiter-denken](http://www.gew.de/weiter-denken)

Garant für Wohlstand

// Mit ihrer Studie „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.“* macht sich die GEW in der öffentlichen Diskussion für mehr Geld für die Bildung stark. Der Wirtschaftsjournalist Markus Sievers stellt die Kernthesen der Untersuchung des Politico-

logen Tobias Kaphegyi vor. In dieser Ausgabe veröffentlicht die E&W-Redaktion den vierten und letzten Beitrag des Autors. //

„Soziale Gerechtigkeit mag schön und nett sein. Sie beraubt Gesellschaften aber ihrer Dynamik und kostet Wachstum und wirtschaftliche Leistungsfä-

higkeit.“ Mit diesem Vorurteil räumt Kaphegyi auf.

Nachdem er das Konzept der „demokratischen Vernunft“ als Alternative zur neoliberalen Ideologie entwickelt und erläutert hat (E&W 3/2017), geht es ihm im Anschluss darum, die Finanzier- und Machbarkeit höherer Investitionen in den Sozialstaat und vor allem in >>

>> Bildung zu zeigen. Der Politologe verweist in dem Zusammenhang auf eine Untersuchung der beiden Professoren Tom Krebs (Uni Mannheim) und Martin Scheffel (Uni Köln), die diese im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstellt haben. Demnach führen vor allem Investitionen in Kitas und Schulen zu einem starken Zuwachs an Arbeitsplätzen. Diese eröffneten, so Krebs und Scheffel, Alleinerziehenden über eine bessere Kinderbetreuung neue Chancen am Arbeitsmarkt, reduzierten die Langzeitarbeitslosigkeit und ermöglichten Frauen, von geringfügiger Beschäftigung auf Vollzeitstellen zu wechseln. Daher rechneten sich – rein fiskalisch betrachtet – solche Ausgaben auch innerhalb weniger Jahre. Sie erhöhten zwar kurzfristig die Schulden, amortisierten sich aber durch den Wachstumsimpuls in vergleichsweise kurzer Zeit. Nach Angaben der beiden Wissenschaftler können zusätzliche und rechtzeitig getätigte Investitionen in Bildung die Zahl der Menschen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung deutlich senken. Ein breit angelegtes Investitionsprogramm mit einem Volumen von zehn Milliarden Euro pro Jahr in den ersten fünf Jahren und von je sechs Milliarden Euro in der Zeit danach bringt den Berechnungen der Autoren zufolge ein zusätzliches Wachstum von 0,3 Prozentpunkten bereits nach einem Jahr. Dieses Plus könnte nach zehn Jahren auf 0,76 Prozent und nach 20 Jahren auf 1,10 Prozent steigen.



Wichtig für Innovationen

Kaphegyi führt weitere wissenschaftliche Ergebnisse an, die seine Argumentation stützen. Beispielsweise beruft er sich auf Ökonomen der Staatsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), nach deren Erkenntnissen „ein gutes Bildungssystem (...) eine wesentliche Voraussetzung für das Wachstumspotenzial und den langfristigen Wohlstand einer Volkswirtschaft“ darstellt. Laut KfW-Studie müssen die Kommunen die nötige Infrastruktur bereitstellen, insbesondere durch Bau und Unterhalt

von Schulgebäuden. Aus der amerikanischen Debatte verweist Kaphegyi auf die Ökonomeprofessorin Mariana Mazzucato. Diese mache in ihren Analysen deutlich, dass der Staat einen wichtigen Beitrag zu Innovationen wie dem Internet oder der Nanotechnologie leisten müsse. Der Unternehmenssektor alleine sei nicht in der Lage, solche Neuerungen finanziell auf den Weg zu bringen, betont Kaphegyi und fügt hinzu: „Wichtig für Innovationen ist vor allem der Bildungssektor, beispielsweise über eine finanziell gut ausgestattete und von Profitüberlegungen befreite universitäre Grundlagenforschung.“

Wie viel Geld müssen Bund, Länder und Kommunen nun tatsächlich in die Hand nehmen, damit das Bildungssystem seine Aufgaben erfüllen kann? Die Kosten für zwingend erforderliche Verbesserungen im Bildungswesen hat die Max-Traeger-Stiftung der GEW in einer eigenen Studie untersuchen lassen. Autor Roman Jaich errechnete einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf bei Ländern und Kommunen von rund 46 Milliarden Euro. Diese Summe steige, so Jaich, auf 56 Milliarden Euro, wenn man die fehlenden Mittel des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie die nötigen Aufwendungen für die Integration Geflüchteter einbeziehe. Der Betrag sei zwar hoch, gibt Kaphegyi zu, doch für die Bundesrepublik leicht zu stemmen. Das hat er unter Verweis auf das Steuerkonzept des Berliner Wirtschaftsprofessors Achim Truger bereits nachgewiesen (s. E&W 5/2017). Kaphegyis Ausführungen zu den Wachstumseffekten der Bildungsinvestitionen und deren gesamtwirtschaftlicher Rendite dokumentieren darüber hinaus, dass die Kosten immer nur vorübergehend entstehen. Langfristig werde, so der Politologe, die Volkswirtschaft davon profitieren, so dass letztlich die Staatsfinanzen besser dastünden als ohne diese Investitionen.

Besonders deutlich zeigen sich diese Zusammenhänge beim Umgang mit geflüchteten Menschen. Eine Million Asylsuchende bedeute, stellt Jaich dar, dass

ungefähr 100 000 Kinder zusätzlich in die Kitas kommen, 300 000 junge Menschen einen Platz in der Schule benötigen. Die Kosten, inklusive der Ausgaben für Integrationskurse, schätzt der Bildungsökonom auf 4,2 Milliarden Euro. Gut angelegtes Geld, weil es sich auszahle, die Menschen frühzeitig zu qualifizieren. Auch Bundesbankchef Jens Weidmann hebt hervor: „Für die Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft kommt der schnellen und passgenauen Eingliederung der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt eine zentrale Bedeutung zu.“ Zugleich brauche man, um diese Herausforderung zu bewältigen, einen langen Atem. Kaphegyi drückt das so aus: „Höhere Bildungs- und Sozialausgaben können den Flüchtlingszuzug in zunehmenden Wohlstand für alle verwandeln.“ Dabei geht es dem Politologen aber um mehr als eine rein ökonomische Perspektive. Eindringlich warnt er vor den Gefahren für die Demokratie durch zunehmende Ungleichheit. Die ständig drohende oder schon erfolgte Ausgrenzung fördere die Gewaltbereitschaft, lähme den Widerstandswillen gegen eine unsoziale Politik und schüre Aggressionen gegen vermeintliche Sündenböcke. Dagegen setzt der Wissenschaftler das Engagement für einen egalitären Wohlfahrtsstaat, der ein besseres Leben in demokratischer Teilhabe ermögliche. Zu zeigen, dass „eine unteilbare demokratische Vernunft“ weit mehr ist als ein theoretisches Konzept, ist sowohl ein besonderes Anliegen der GEW als auch Kaphegyis. Und so resümiert dieser: „Die GEW zeigt sowohl über ihre Berechnungen zu den Kosten eines zukunftsfähigen Bildungssystems als auch über ihr Steuerkonzept die Machbarkeit einer Überwindung der neoliberalen Wachstums-, Demokratie- und Prekarisierungskrise.“

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadredaktion

***Die Studie „Bildungsfinanzierung. Weiter denken: Wachstum, Inklusion und Demokratie.“ ist im Januar 2017 erschienen und kann als PDF heruntergeladen werden unter: www.gew.de/bildungsfinanzierung**

Realitätsfremde Bedenken

// Mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ macht sich die GEW für mehr Geld für den Bildungsbereich stark. Sie zeigt auf, wie der Staat zusätzlich Geld einnehmen kann, beispielsweise wenn er dem GEW-Steuerkonzept folgen würde. Doch für solche Veränderungen brauchen wir gesellschaftliche Mehrheiten. Um diese zu gewinnen, müssen u. a. die Mythen der Steuerpolitik entzaubert werden. Dazu will E&W einen Beitrag leisten: Mit der Juni-Ausgabe setzt die Redaktion die Serie „Fakten contra Wirtschaftsmythen“ fort. //

Mythos

„Höhere Spitzensteuersätze bremsen Leistungsbereitschaft und Wachstum aus, das Kapital wandert ins Ausland ab.“

Wenn es gegen höhere Spitzensteuersätze geht, können sich Deutschlands Millionäre auf den Sachverständigenrat verlassen. So behaupten die neoliberal ausgerichteten Professoren: „Wie die Vermögensteuer lässt sich eine Erhöhung des Einkommensteuertarifs weder mit dem Ziel höherer Steuereinnahmen noch einer stärkeren Umverteilung hinreichend rechtfertigen. Die Nachteile wären hingegen gravierend.“ Wirklich? Begründet werden die Warnungen mit der Angst, Deutschlands Manager und andere sogenannte Leistungsträger könnten ihr Engagement am Arbeitsplatz reduzieren oder gleich zusammen mit dem Kapital ins Ausland abwandern. Arthur Laffer lässt grüßen. Mit seiner berühmten Kurve lieferte der US-Ökonom in den 1970er-Jahren das theoretische Fundament für massive Steuersenkungen in der neoliberalen Ära. Seine einfache Zeichnung auf einer Papierserviette demonstrierte führenden Konservativen in den USA, dass die Staatseinnahmen sinken, wenn eine Regierung die Steuern zu sehr erhöhe. Denn auf diese Weise bremse sie Leistungsbereitschaft und Wachstum aus.

Fakt

„Mit einem Einkommensteuersatz von 80 Prozent für die Topverdiener lassen sich die Staatseinnahmen maximieren und gravierende soziale Ungleichheit vermindern.“

Als realitätsfremd bewertet hingegen der langjährige Deutsche-Bank-Chef Jürgen Fitschen solche Bedenken. Fitschen warnt die deutsche Politik davor, sich 2017 wieder von Steuersenkungen im Ausland unter Druck setzen zu lassen. Dass auch auf internationaler Ebene die Wirtschaftswissenschaften weiter sind als der hiesige Sachverständigenrat, belegt Margit Schratzenstaller vom Wiener Ifo-Institut. Nach ihrer Analyse „rehabilitierte“ US-Nobelpreisträger Peter Diamond die progressive Einkommensteuer. Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty schätzt, dass eine Regierung, die einen Einkommensteuersatz von 80 Prozent für die Topverdiener erhebe, die Einnahmen maximieren könne. Und Gustav Horn, Chef des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, weist darauf hin, dass ein höherer Spitzensteuersatz die gravierende soziale Ungleichheit vermindere.

Markus Sievers,
Redakteur Du Mont Hauptstadredaktion



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtenarlehnen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseke

Beamtenarlehnen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

Deutschlands günstiger Autokredit

2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate

Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €

www.Autokredit.center



AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH

E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker

Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, effektiver Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldersicherung.



Aktiv gegen Abschiebung



Das pädagogische Ethos erfordert, Schülerinnen und Schüler zu schützen. Was passiert, wenn diese von Abschiebung bedroht sind? Was können Lehrkräfte dann tun?

// Asylantrag abgelehnt: Viele Schülerinnen und Schüler sind von Abschiebung bedroht. Lehrkräfte können ihnen helfen, wie das Beispiel einer Berufsschule in Frankfurt am Main zeigt. //

Die junge Frau aus Afghanistan war in der Berufsschule nie groß aufgefallen. Bis eines Morgens im Stuhlkreis im Ethikunterricht aus ihr herausplatzte, dass sie und ihre Familie einen Brief mit der Ablehnung ihres Asylantrags bekommen hätten. Innerhalb von sieben Tagen müssten sie Deutschland verlassen. Die Klasse war fassungslos, eine Mitschülerin weinte. „Viele Schülerinnen und Schüler wollten sofort aktiv werden“, berichtet Vertrauenslehrer Hans-Christoph Stoodt von der Frankfurter Philipp-Holzmann-Schule. Hinzu kam, dass kurz zuvor Polizisten im mittelhessischen Karben ein Mädchen direkt aus dem Unterricht geholt hatten. Die 16-Jährige wurde zur Mutter in einen Bus gesetzt und nach Serbien abgeschoben.

An der Karbener Gesamtschule hatte niemand damit gerechnet, dass so etwas passieren könnte. Der Direktor der Kurt-Schumacher-Schule, Stephan Mieren-

dorff, war völlig verduzt, als die Polizisten Ende November vergangenen Jahres in seinem Büro standen und die Schülerin mitnehmen wollten. Der Schulleiter war unsicher, ob „so etwas“ überhaupt rechtlich erlaubt sei. „Die Eltern geben ihre Kinder in der Schule ab“, so Mierendorff, „damit haben wir eine besondere Fürsorgepflicht.“ Deshalb griff er zum Telefon, rief beim Schulamt an. Die Antwort: Die Schule sei zur Amtshilfe verpflichtet. Trotzdem hält der Direktor ein derartiges Vorgehen pädagogisch für falsch. Kinder benötigten besonderen Schutz, betont Mierendorff. Auch für die anderen Schülerinnen und Schüler sei so eine Erfahrung schwierig zu verarbeiten, vor allem für die geflüchteten Kinder. Für sie sei es nicht mehr möglich, angstfrei in die Schule zu kommen. So einen Vorfall wollten sie an der Berufsschule in der Mainmetropole nicht erleben. „Wenn Jugendliche in der Schule nicht sicher sind, gibt es gar keinen sicheren Ort mehr“, ist Stoodt überzeugt. Kollegium und Schülerschaft wollten deshalb nicht länger hinnehmen, dass jemand aus ihrer Schule abgeschoben wird, auch nicht vor oder nach dem Unterricht. Die Schülervertretung ver-

abschiedete eine Resolution, in der sie mit scharfen Worten ein Bleiberecht für ihre Mitschülerin aus Kabul forderte. Einige Jugendliche demonstrierten vor dem hessischen Landtag in Wiesbaden. Doch schnell wurde klar, dass der Ablehnungsbescheid der jungen Afghanin nur der Anfang war.

Aufgewühlte Schüler

An der Berufsschule gibt es fünf Sprachlernklassen für geflüchtete Jugendliche, sogenannte InteA-Klassen. Alleine aus Afghanistan kommen etwa 70 Mädchen und Jungen. Viele von ihnen erhalten derzeit negative Asylbescheide. „Die Betroffenen sind völlig aufgewühlt“, berichtet InteA-Lehrerin Marlene Dort. Sie verstünden nicht, was in der Ablehnung stehe. Vor allem hätten sie keine Ahnung, was sie dann tun sollten. „Das sind traumatisierte junge Menschen“, berichtet Dort. Ein junger Mann sei so verzweifelt gewesen, dass er sogar an Selbstmord gedacht habe. Bei anderen bestehe die Gefahr, dass sie aus Panik weglaufen oder den Inhalt des Bescheids einfach ignorieren. Auch viele Kolleginnen und Kollegen seien mit der Situation überfordert.

Rasch war im Kollegium klar: „Wir brauchen Strukturen, wie wir mit solchen Fällen umgehen.“ Deshalb gründeten Lehrkräfte eine AG, um in der Schule eine Anlaufstelle für von Abschiebung Bedrohte anzubieten. Sie griffen dabei auf Angebote von Pro Asyl, Flüchtlingsrat und Jugendmigrationsdienst zurück. Für alle stand fest: Es ist wichtig, dass die jungen Menschen schnell einen Anwalt finden. Deshalb wird mitunter gezielt nachgefragt, ob der „Bescheid“ schon da sei. Wenn er eintreffe, sollen die Jugendlichen ihre Lehrerin sofort auf dem Handy anrufen. „Wir machen deutlich: Es gibt Menschen, die sich darum kümmern“, so Dort. „Wir betonen aber auch: Du kommst weiter zur Schule und machst deine Hausaufgaben.“

Ruhe bewahren

Erst einmal Ruhe bewahren. Das empfiehlt auch der hessische Flüchtlingsrat. Nach der Ablehnung ihres Asylantrags hätten Asylbewerber zwei Wochen Zeit, dagegen zu klagen, sagt Geschäftsführer Timmo Scherenberg. „Das sollten sie dringend tun.“ Denn danach passiere lange nichts. Es dauere ewig, bis die Verwaltungsgerichte darüber entschei-

den. Diese Zeit könnten geflüchtete Menschen nutzen, um ihren Aufenthalt anderweitig zu sichern. Da gebe es einige Möglichkeiten, meint der Experte. So schütze zum Beispiel eine Ausbildung vor Abschiebung. Trotz eines abgelehnten Asylantrags könnten Jugendliche nämlich eine Lehre beginnen – und dürften für deren Dauer nicht ausgewiesen werden, das gelte auch für die ersten Berufsjahre. Über solche „Basics“, meint Scherenberg, sollte jede Lehrkraft informiert sein. Schließlich gehörten Zufluchtsuchende längst zum Schulalltag. „Fast alle Schulen sind davon betroffen, vielleicht ohne es zu wissen.“ Doch Lehrkräfte hätten in der Vergangenheit schon viel bewirkt – und immer wieder die Abschiebung von Kindern und Jugendlichen verhindert. Scherenberg: „Auch die neuen Bleiberechtsregelungen sind das Resultat von Kämpfen, von denen viele an Schulen ausgefochten worden sind.“ (s. E&W 7-8/2016).

Die GEW ist überzeugt, dass Lehrkräfte noch mehr Unterstützung für ihre Arbeit mit Geflüchteten benötigen. „Gut wäre eine bundesweite Vernetzung“, sagt GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann. Zum Teil herrsche an Schulen ein Gefühl der Hilflosigkeit. Viele Pädago-

ginnen und Pädagogen hätten sich sehr dafür eingesetzt, dass die Schüler gut Deutsch lernen, sich integrieren. Diese seien eifrig und froh, in einem geschützten Umfeld zur Schule gehen zu können, einige stünden kurz vor dem Abschluss. Doch darauf werde keine Rücksicht genommen. „Für viele Kolleginnen und Kollegen ist es schlimm, dass derart gegen Kinderrechte verstoßen wird“, berichtet Hoffmann. Das pädagogische Ethos erfordere, Schülerinnen und Schüler zu schützen. Für viele stelle sich daher die Frage: „Was können wir tun?“ An der Philipp-Holzmann-Schule in Frankfurt gibt es jetzt eine konkrete Handlungsanleitung. Dafür habe der Fall der jungen Frau aus Kabul gesorgt, sagt Vertrauenslehrer Stoodt. Für ihn und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter steht fest: „Wir werden für jeden Jugendlichen alle Möglichkeiten ausschöpfen. Zur Not bis zum Petitionsausschuss.“ Für die Schülerin aus Afghanistan ist das – erst einmal – nicht nötig. Sie hat Widerspruch gegen ihren Bescheid eingelegt – und eine Ausbildung als Bauzeichnerin begonnen.

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin



Foto: privat

Jörg Knobloch

Leseförderer

// Die GEW trauert um Jörg Knobloch, der Ende April in seiner Heimatstadt Freising (Bayern) im Alter von 70 Jahren verstorben ist. Knobloch war nicht nur ein engagierter Gewerkschafter, sondern auch ein aktiver Leseförderer. //

1947 in Hannover geboren, zog Knoblochs Familie in den 1960er-Jahren nach Bayern um. Seine Schullaufbahn war wie seine berufliche Entwicklung immer ein Weg bergauf. Auf die Mittlere Reife folgte eine Lehre als Verlagsbuchhändler. Danach war er in Verlagen tätig, machte das Begabtenabitur und absolvierte schließlich ein Studium für das Lehramt an Grundschulen. Ab 1976 arbeitete er als

Grund- und Hauptschullehrer in Freising. Ende der 1990er-Jahre schloss er einen weiteren Studienabschnitt mit Promotion bei Malte Dahrendorf, Professor für Deutschdidaktik, ab.

Die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) hat schon früh von seinem tiefen Wissen über die Lesefähigkeit von Kindern und Jugendlichen profitiert. Knobloch, der die Landesstelle Bayern der AJuM 1978 gründete, war von 1991 bis Frühjahr 2000 AJuM-Bundvorsitzender, teilweise parallel dazu auch Redaktionsmitglied der GEW-Fachzeitschrift „Beiträge Jugendliteratur und Medien“, später kjl&m. Mit zahlreichen Veröffentlichungen, z. B. „Bock auf Bücher“, entwickelte sich der Gewerkschafter in den 2000er-Jahren zum Experten für einen handlungs- und produktionsorientierten Literaturunterricht sowie zum kreativen Leseförderer. Exemplarisch ist sein Freiarbeit-Projekt „Rucksackbücherei“ zu nennen: 30 Rucksäcke mit jeweils 30 Büchern und einer genauen Gebrauchsanleitung für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler wanderten auf dem Rücken junger Lesebotschafter im wiedervereinigten Deutschland kreuz und quer durch die Republik. Als einer, der den Schülerinnen und Schülern mit seinen Projekten und Ideen wichtige Impulse gab – nicht zuletzt für den Literaturunterricht – wird er allen in der GEW in bester Erinnerung bleiben.

Wolfgang Anritter, AJuM-Vorstand

„Die Löcher im sozialen Programm der AfD thematisieren!“

// Was können Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Migrantenverbände, Sportvereine und der Kulturbereich gegen Rechtspopulisten tun? Der Kölner Kongress der „Allianz für Weltoffenheit“* diskutierte mit 360 Teilnehmenden über Gefahren von rechts sowie über Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit und „Sozialpopulismus“. //

Auch bei Gewerkschaftsmitgliedern stoßen fremdenfeindliche Parolen auf Zustimmung. „36 Prozent der jungen Kolleginnen und Kollegen haben bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt vergangenes Jahr die Alternative für Deutschland (AfD) gewählt.“ Daran erinnerte Richard Gebhardt, Politikwissenschaftler und Publizist aus Köln (s. E&W-Hintergrund „Rechtspopulismus“ in 2/2017, S. 36 ff.). Nicht wenige Arbeitnehmer sähen geflüchtete Menschen als „industrielle Reservearmee“ und mögliche „Lohndrücker“, so Gebhardt, der seit Jahren zum Rechtspopulismus forscht. Allerdings würden solche Vorurteile „durch kulturelle Fragen überlagert“. Etwa durch das Bekenntnis von Spitzenpolitikern, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Auf Unverständnis stießen zudem Toiletten für Transsexuelle oder der Erfolg der Sängerin und Travestiekünstlerin Conchita Wurst. „Kollegen geben beim Bier zu, dass sie damit ein Problem haben“, berichtete der Publizist auf der Veranstaltung.

Und wie sollten Gewerkschaften reagieren? Indem sie Widersprüche und Unwahrheiten in Aussagen der Rechtspopulisten offenlegen. Die AfD sei „nicht die Partei der Abgehängten“, betonte Gebhardt, sondern bestehe aus „altem und neuem Mittelstand“. Sie vertrete „eine Art Sozialpopulismus“ und plädiere dabei für den Mindestlohn. Allerdings stehe im AfD-Programm nicht, wie hoch der Mindestlohn sein müsse. Auch zur Rentenpolitik habe die Partei keine Position vorgelegt. Die AfD wolle Deregulierung, „keine Erbschaftsteuer, keine Vermögensteuer“, ergänzte Annelie Buntenbach vom DGB-Bundesvorstand. Dies in den Betrieben zu vermitteln, „das können wir Gewerkschaften mit einer gewissen Glaubwürdigkeit machen“. Die Gewerkschaften hätten zudem die Aufgabe, sich sowohl für Geflüchtete als auch für Langzeitarbeitslose einzusetzen. Also „gegen gesellschaftliche Spaltung, damit nicht ein Teil gegen den anderen ausgespielt werden kann“, so Buntenbach. DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann plädierte dafür, die gewerkschaftliche Bildungsarbeit

auszubauen. „Wir brauchen Räume, um zu diskutieren.“ Viele Menschen, so Hoffmann, seien „verunsichert“, sei es wegen neuer Technologien oder der Globalisierung. Olaf Zimmermann vom Deutschen Kulturrat, ebenfalls Bündnispartner der Allianz, betonte: „Im Theater Stücke von Migranten zu spielen“, reiche nicht aus. „Wir brauchen in den verantwortlichen Strukturen Menschen, die Vielfalt abbilden.“ Also Frauen und Männer mit ausländischen Wurzeln. Lisi Maier, Vorsitzende des Bundes der Katholischen Jugend, der sich auch an der Allianz beteiligt, beklagte „kaputtgesparte Strukturen vor Ort“. Wenn das kommunale Jugendzentrum schließe, fülle der rechte Jugendtreff die Lücke, „finanziert von rechten Parteien“. Maier stellte klar: „Hier müssen wir gegensteuern.“ Einen ganz anderen Weg, mit Rechtspopulisten umzugehen, wählte Ali Can. Der Sohn alevitischer Kurden hängte sich in der Vorweihnachtszeit vergangenes Jahr einen Bauchladen um mit der Aufschrift „Nikoläuse zu verschenken“ und ging damit auf Pegida-Demonstrationen. „So kam ich mit den Protestlern ins Gespräch“, erzählte Can. Etwa zur Frage: „Was ist eigentlich Deutsch?“ Sein Credo: „Rassismus sollte man bekämpfen, Rassisten dagegen nicht.“ Damit meinte Can, dass es sich lohne, sich mit Rechtspopulisten auseinanderzusetzen – um sie von ihrem ideologischen Irrweg abzubringen.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist



***Unter dem Motto „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ hat sich Anfang 2016 die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“ gebildet. Die DGB-Gewerkschaften sind Mitglied der Allianz. Weitere Bündnispartner sind die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Koordinationsrat der Muslime, der Zentralrat der Juden in Deutschland, die christlichen Kirchen sowie Verbände aus Sport, Naturschutz und Kultur. Weitere Infos unter www.allianz-fuer-weltoffenheit.de sowie in den Interviews mit Bündnispartnern der „Allianz“ in E&W 7–8, 9, 10, 11, 12/2016.**

Ali Can, alevitischer Kurde, verschenkte bei Pegida-Demonstrationen Nikoläuse – und kam mit den Protestierenden ins Gespräch.

Bedingt geeignet

(E&W 2/2017, Seite 31: „Asyl: Vorurteil und Fakt“)

So begrüßenswert diese Serie auch ist, die den weitverbreiteten Vorurteilen zum Thema Asyl überprüfbare, belegte Fakten gegenüberstellt, sie eignet sich wegen der Aufteilung in monatliche „Häppchen“ doch nur sehr bedingt zur sachlichen Diskussion mit Andersdenkenden. Diese kann ich ja schlecht auf nächsten oder übernächsten Monat vertrösten, nur weil ich deren „alternative Fakten“ nicht immer sofort mit Zahlen widerlegen kann. Da wäre es besser, wenn



diese Serie komprimiert auf einer Doppelseite (evtl. zusätzlich auch in Postergröße zum Aufhängen) veröffentlicht werden könnte.

Bernd Abstein, Ober-Olm

Keine Erklärung

(E&W 2/2017, Seite 36 ff.: Hintergrund Rechtspopulismus)

Ich möchte den Argumenten der Beiträge zur Ideologie der Rechten im Februar-Heft (S. 36 bis 41) nicht widersprechen, aber sie erklären in keiner Weise, warum so viele Wählerinnen und Wähler nicht nur in Deutschland derzeit gegen ihre eigenen Interessen stimmen. Den Grund sehe ich darin, dass die Ursachen zunehmender Einkommenslücken zwischen Arm und Reich auch in den Medien und von der Politik nicht wahrgenommen oder falsch dargestellt werden. Rassistische Ideologen gibt es

schon lange, sie gewinnen aber nur dann an Einfluss, wenn wir es zulassen, dass die eigentlichen Motive, selbst von den Gewerkschaften, nicht mehr beim Namen genannt werden.

Veiko Krauß, Leipzig

„Nur hehre Grundsätze“

(E&W 2/2017, Seite 41, Kasten: „Was ist Rechtspopulismus?“)

Zur Definition von „Rechtspopulismus“ heißt es: „Populismus‘ steht alltagssprachlich für eine Rhetorik, die darauf ausgerichtet ist, Applaus zu erzielen. Sie nimmt dabei billigend in Kauf, zu vereinfachen und Fakten unter den Tisch fallen zu lassen.“ Das gilt ja wohl für jede Art von Werbung als auch für die Politik allgemein. Die Frage ist allerdings, hat ein Politiker nicht nur hehre Grundsätze, auf die er sich beruft und die jeder nachlesen kann, etwa >>

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilferechtmäßige, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nahe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de

Einfamilienhaus zum Verkauf in Schleswig-Holstein von privat. Ausführliche Informationen unter: „ebay Kleinanzeigen“ **637003995**

Eine kleine Anzeige.

Für eine große Tat. Werden Sie Lebensspender.

Kämpfen Sie mit uns gegen Blutkrebs. Lassen Sie sich jetzt als Stammzellspender registrieren. Alle Infos zur Stammzellspende finden Sie unter **www.dkms.de**.

DKMS
Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH

Wir besiegen Blutkrebs.

Ihre Anzeige in der E&W

Telefon:
0201 84300-32

www.schulorganisation.com

Dokumentation · Organisation
Rechtssicherheit täglich

vinculum MUNDI

Ihre Reiseleiter in PARIS

Tel.: +33 6 52 22 30 30

www.vinculum-mundi.com

Wichtiges Update erh.!

Testkorrektur in 3 Sekunden!

Name	T1	T2	T3
Kevin	4	2-	
Dilara	2	1	
Horst	3	2-	
Sandra	2	4	

x4-Testmanager.de

TimeTEX

So leben Lehrer/innen leichter

System-Schulplaner

A4-Plus 2017/2018

- Wochenübersicht auf 2 Seiten, senkrecht
- Jahres- und Projektplaner
- bis zu 12 Klassen à 6 Seiten

Art. 10750-43

nur **9,95 €**

Magnet-Streifen-Abroller

8m lang

Gutschein-Code: **EW7466**

Art. 93287-43

statt 8,95 €
nur 7,00 €

nur 7,- €
Sonder-Preis

TimeTEX Hermedia Verlag GmbH · 93337 Riedenburg · Tel. 09442 92209-0 · www.timetex.de

Arbeitsmappen - SEK I - FS - GS

www.stockmann-verlag.de

Z A R B *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.

Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausclicks.

hans zybur software

Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.4366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

>> im Parteiprogramm oder in einer Koalitionsvereinbarung? Ich habe seit Jahren keine politische Rede gehört, in der ein Politiker sich auf das Grundsatzprogramm seiner Partei berief.

Was wir allerdings unter der Großen Koalition in Berlin sowie in den Koalitionen von Sozialdemokraten und Grünen in den Bundesländern erleben, ist, dass diese versuchen, eine Politik gegen das Volk durchzusetzen, die in keinem ihrer Programme steht. Das kann nur im Desaster enden und tut es auch: Jede E&W-Ausgabe zeugt davon, obwohl es hier vor allem um Bildungspolitik geht. E&W-Beiträge kritisieren zwar die rot-grüne Politik, aber nicht etwa deswegen, weil sie verfehlt wäre. Vielmehr wird darin gefordert, diese radikaler durchzusetzen: noch mehr Geld, noch mehr Personal, noch mehr Projekte. Die E&W-Redaktion propagiert hier einen Dogmatismus, der „links daherkommt“, doch nichts als Stur ist.

Martin Korol, Bremen

„Starres Denken“

(E&W 2/2017, Seite 43, Leserforum: „Mehr Gerechtigkeit“)

Zu o. g. Leserzuschrift fällt mir nur eine „anstößige“ Antwort ein, auch wenn ich damit riskiere, der politischen Unkorrektheit beschuldigt zu werden. Was denkt sich eine Kollegin dabei, und sei sie noch so gut ausgebildet und sonstwie gebildet, acht verschiedene Fächer zu unterrichten und dafür gerechte Bezahlung zu erwarten, statt sich gegen derartige Zumutungen zur Wehr zu setzen: auf die eklatante personelle Unterversorgung der Schulen zu verweisen, sozialverträgliche Arbeitsbedingungen einzufordern, die im Grunde gesetzlich garantiert sind. Das alles kann man sich als GEW-Mitglied sogar eher trauen, da man nicht allein und rechtlich abgesichert ist. Ein entscheidender Hinweis lässt mich glauben, dass hier ein „starres Denken“ aufgrund fehlender bundesrepublikanischer Sozialisation vorliegt: Ich bringe mich „aufopferungsvoll“ ein und ignoriere bestenfalls – im Anschluss an meine „Migrationserfahrung“ – Standards gewerkschaftlicher Erfolge der Bundesrepublik. Eher untergrabe ich diese damit. Ich bin im prekären Sektor beschäftigt als Dozentin für Deutsch als Fremdsprache

(DaF) und finde die Einstellung, sich nicht gegen Zumutungen der Arbeitgeber zu wehren, sondern lieber die eigene Leistungsbereitschaft hervorzuheben, des öfteren vor allem bei Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund vor. Aber: Eine von Existenzangst diktierte Haltung wird in prekären Beschäftigungsverhältnissen oft auch ausgenutzt. Ich darf mich dann wiederum über fehlende Solidarität von Kolleginnen und Kollegen freuen, wenn es darum geht, Ansprüche auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Urlaubsgeld gegenüber den Trägern geltend zu machen.

Marianne Althoff-Hanke, Stuttgart

„Gewisse Überheblichkeit“

(E&W 2/2017, Seite 43 f., Leserforum: „Nüchterne Betrachtung“)

Ich entnehme den Worten der Leserzuschrift eine gewisse Überheblichkeit. Und genau solch eine Haltung hat es nach der Wende verhindert, dass sich positive Aspekte beider Schulsysteme zu einem gelungenen Ganzen vereinen konnten. Ich habe kein Abitur, habe eine solide Fachschulausbildung mit stetem Praxisbezug und arbeite seit meinem 20. Lebensjahr als Lehrerin. Inzwischen habe ich die Abschlüsse für zwei weitere Fächer und erteile an der Oberschule Unterricht. Zirka 15 Jahre habe ich von der 5. bis zur 10. Klasse ohne eine angemessene Bezahlung unterrichtet. Deshalb: Eine Hochschulausbildung sagt noch lange nichts über die Qualität einer Lehrkraft aus. Ich bin froh, dass ich von der 1. bis zur 10. Klasse unterrichtet habe und es immer noch tue, denn ich weiß, wie anspruchsvoll die Grundschularbeit ist. Abschlüsse sind wichtig, aber sie sind auch nicht alles im Leben. Ich hoffe nicht, dass die Leserin Lehrerin ist, denn von einer solchen hätte ich mehr Respekt vor der Lebensleistung anderer erwartet.

I. Herrmann, Dresden

„Falsche“ Pubertät

(E&W 3/2017, Seite 17 f.: „Wer bin ich?“)

Es scheint mir etwas unglücklich formuliert, wenn im Interview mit dem Psychologen Claus Koch der Schule lediglich zugebilligt wird, über „Fehlentwicklungen in sozialen Netzen wie Cybermobbing“ zu sprechen. Wenn Heranwachsende in die Pubertät kommen und ihre Sexuali-

tät entdecken, dann geschieht das in einer Welt, die sehr heteronormativ geprägt ist. Und da in unserer Gesellschaft zudem leider auch

Homophobie virulent ist, sollten Lehrkräfte mit helfen, allen jungen Menschen zu vermitteln, dass es völlig in Ordnung und eine Normvariante menschlicher Sexualität ist, gleichgeschlechtlich zu lieben. Zudem wird im Gespräch geäußert, dass geschlechtliche Identitätsentwicklung in der Pubertät eine große Rolle spiele. Das ist im Prinzip richtig. Allerdings ist sich die moderne Forschung sicher, dass sich die geschlechtliche Identität bereits im Alter von etwa vier bis fünf Jahren herausgebildet hat. Für transidente* Heranwachsende, die keine Unterstützung erfahren und durch eine „falsche“ Pubertät hindurch müssen, ist diese Zeit allerdings der Super-GAU: Ihr Körper entwickelt Merkmale, die ihrer geschlechtlichen Identität zuwider laufen, mit denen sie sich nicht identifizieren können. Gerade in der Pubertät ist das Suizidrisiko für transidente Jugendliche am höchsten. Es ist daher sehr wichtig, dass Lehrkräfte diese aufmerksam, respektvoll und empathisch beraten und unterstützen.

Hannah Kruse, Gera

*Anm. d. Red.: Transidente wollen vielmehr sozial als Angehörige des jeweils körperlich anderen Geschlechts anerkannt werden. Der Begriff Transidentität beschreibt das Phänomen, dass die Geschlechtsmerkmale des Körpers von der bestimmenden Geschlechtsidentität abweichen.

E&W-Briefkasten

Postanschrift der Redaktion:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

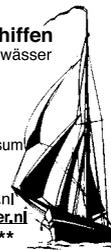
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.



Italien
Abruzzes, Toskana und mehr
Stilvolle Unterkünfte zwischen Bergen und Meer.
Persönliche Beratung. Tel. 0391 - 81 08 952
www.lupus-italicus.de

Friesland Charter
Seit 1966
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****



Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

MASUREN UND MEHR ERLEBEN
in naTOURa Reisen
www.innatoura.de
Tel: 0551 - 504 65 71

AGARIA TOURS
Fachveranstalter für Pragreisen

Entspannt auf Klassenfahrt!



Info: 040/2809590 • nachprag@agaria.de • agaria.de

Kinder brauchen Freunde.



2,8 Mio. Kinder in Deutschland leben in Armut – bitte helfen Sie!
www.dkhw.de/helfen

Spendenkonto: IBAN DE 23 1002 0500 0003 3311 11
Bank für Sozialwirtschaft • BIC BFSWDE33BER

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, www.aglioni.it

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 www.la-ruca.de

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



www.Alternativ-Tours.de
Alternativ-Tours Otto-Suhr-Allee 59
Tel. (030) 21 23 41 90 10585 Berlin
AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Pfalz-Weinstraße - Romantische FeWo, 2-3 Pers., Aktivurlaub, Genuss u. Kultur, Wingerts- u. Kellerführungen, Weinproben möglich. Ausführliche Infos unter www.ferienwohnung-bockenheim-weinstr.de

Berlin – Stadtführungen
• **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**
030-21805214
www.travelxsite.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

SÜDTIROL Ferienhotel Rinsbacherhof

SCHÜLER- UND FAMILIENREISEN ZU TOP-PREISEN

FÜR KINDER, JUGENDLICHE UND SCHULKLASSEN

In unserem Ferienhotel finden Sie ein eigenes Freischwimmbad beheizt von Anfang Mai bis Ende Oktober (kostenlos), Liegewiese, Tischtennisanlage, zwei Sportplätze, Sonnenterrasse, Aufzug, Discopub, Fernsehraum, Sauna, Dampfsauna, Solarium und Whirlpool. Alle Zimmer mit Dusche und WC.

PREISE WINTER 2016 - 2017	
Gruppen von 10 – 300 Personen	Skipass Speikboden
5 Tage Vollpension mit 4 Tage Skipass	EUR 208,50
7 Tage Vollpension mit 6 Tage Skipass	EUR 287,50
Weihnachten Vollpension pro Tag	EUR 28,00
Jänner bis Ostern Vollpension pro Tag	EUR 26,50
PREISE SOMMER 2017	
April bis Oktober Vollpension pro Tag	EUR 24,50
Juli und August Vollpension pro Tag	EUR 26,00




Je 15 Personen ein Freiplatz

Fam. Reichegger Alois • I-39030 Lappach • Südtirol • Tel. 0039 0474 685000
Fax 0039 0474 685018 • www.rinsbacherhof.com • rinsbacherhof@rolmail.net

Exklusive Kultur-Leserreisen
Musik und Literatur an besonderen Orten erleben
www.gew.de/verlagsreisen

schulfahrt.de Klasse Reisen. Weltweit.

Der große Klassenfahrt-Ratgeber – kostenlos online

- Kostenplanung
- für jede Klassenstufe das richtige Reiseziel finden
- Verkehrsmittelplanung
- Vor- und Nachbereitung Ihrer Klassenfahrt

www.schulfahrt.de/ratgeber

Schulfahrt Touristik SFT GmbH
Herrengasse 2
01744 Dippoldiswalde

Ihr Reiseveranstalter
Tel.: 0 35 04/64 33-0
www.schulfahrt.de

Service-Center Frankfurt 069/96 75 84 17

Diesmal



FRANCO A. - KEIN EINZELFALL? - WAS IST LOS IM BAMF??